

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 M., im voraus zahlbar. Volldruck 4,20 M. Einzelhefte 5 Pf., Auslandsendungen 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Beilagen: „Welt und Zeit“ und „Kinderfreunde“. Ferner: „Unterhaltung und Wissen“, „Hausklima“, „Technik“, „Bild“ in die „Bücherei“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konzentration des Reichstages, Kellamere 5.— Reichstag. „Kleine Anzeigen“ das erste druckte Wort 25 Pfennig (zweimal gedruckt) jedes weitere Wort 2 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienangelegenheiten 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft: Lindenstraße 2, wochentlich von 8 1/2 bis 12 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Verantwortlicher: Fönboll 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 538 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65 Diskonto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstr. 1

Ergebnislose Verhandlungen.

Die Volkspartei besteht auf zwei Minister in Preußen.

Im Ministeritzungsaal des Preussischen Landtags fand heute nachmittags 2 1/2 Uhr die erste Besprechung zwischen den drei Koalitionsparteien und der Volkspartei über die Möglichkeit einer Erweiterung der preussischen Regierung durch Hereinnahme der Deutschen Volkspartei statt.

Ueber den Verlauf dieser Besprechung erfährt der Sozialdemokratische Pressedienst folgende Einzelheiten:

Ministerpräsident Braun gab einleitend eine Uebersicht über den Gang der bisherigen Verhandlungen und setzte auseinander, warum seiner Meinung nach die Hereinnahme der Volkspartei in die preussische Regierung zwar wünschenswert, der Anspruch der Volkspartei auf zwei Minister aber zahlenmäßig und politisch nicht begründet sei.

Im Anschluß daran legte Abg. Hellmann (Soj.) dar, daß in der Großen Koalition die Sozialdemokratie 137 von 269 Stimmen stelle und deshalb vier Minister beanspruchen muß. Die Sozialdemokratie sei bereit gewesen, zugunsten der bisherigen drei Zentrumsminister gegen entsprechende Gegenleistungen in sonstigen personellen Fragen auf diesen Anspruch zu verzichten und sich mit drei Sitzen zu begnügen. Die Sozialdemokratie sei grundsätzlich zur Großen Koalition bereit, müsse aber sehr bitten, sie nicht einem Druck vom Reiche auszuweichen, da dadurch nur diese grundsätzliche Bereitschaft zerstört werden könnte.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Heß teilte mit, daß vor dem Austritt der Zentrumsminister aus der Reichsregierung die Zentrumsfraktion des Landtages sich dem Parteiführer Dr. Kaas gegenüber verpflichtet hatte, auf einen ihrer drei Minister zu verzichten, falls die Große Koalition im Reiche sofort zustandekomme. Dieses Angebot sei von Dr. Stresemann und Dr. Scholz abgelehnt worden und sei durch die gegenwärtigen Verhältnisse überholt.

Abg. Stendel von der Deutschen Volkspartei erklärte, an der Forderung von zwei Ministern festhalten zu müssen.

Zahlenmäßig möge der Anspruch bestritten werden können, aber politisch könne sich ein einzelner Vertreter der Volkspartei in dem am Alten festhaltenden Kabinett nicht durchsetzen. Der Verzicht des Zentrums sei der volksparteilichen Landtagsfraktion niemals bekannt geworden, sonst hätte sie ihn sofort angenommen. Er wünschte eine Erklärung des Zentrums, ob es auch gegenwärtig möglich sei, daß das Zentrum sich mit zwei Ministern begnüge, und eine Erklärung der Sozialdemokratie, ob in diesem Falle die Forderung der vier Minister ihr letztes Wort sei.

Abg. Hellmann entgegnete, daß die Sozialdemokratie dem Zentrum nicht das Recht zugestehen könne, zugunsten der Volkspartei auf einen Ministerposten zu verzichten, den das Zentrum selbst nur durch einen Verzicht der Sozialdemokratie hätte. Verzichtete das Zentrum, so müsse darüber verhandelt und entschieden werden, wem der freigewordene Sitz zufalle.

Abg. Heß glaubte einen Verzicht seiner Partei nicht mehr in Aussicht stellen zu können.

Ministerpräsident Braun wies die Volkspartei auf die großen politischen Fragen, die zur Entscheidung stünden, hin und bat, sich nicht darauf zu versteifen, ob ein oder zwei Ministerposten in Betracht kämen. Im Kabinett würde sowieso niemals nach Parteien abgestimmt, sondern immer eine Verständigung gesucht.

Abg. Deinet fragte, ob die Ablehnung des einen Ministers das letzte Wort der Volkspartei sei.

Abg. Stendel erklärte, daß nach der Stimmung in seiner Fraktion er es nicht für möglich halte, daß sie sich an der Regierung beteilige, wenn nur ein Minister zugestanden würde.

Es wurde vereinbart, daß der Abg. Stendel aufklären soll, warum das frühere Angebot des Abg. Kaas, den Verzicht des preussischen Zentrums auf einen Ministerposten herbeizuführen, der volksparteilichen Landtagsfraktion überhaupt nicht zugeleitet worden sei. Die Zentrumsfraktion soll darüber befragt werden, ob sie gegenwärtig noch über diesen Verzicht verhandeln wolle und die Sozialdemokratie, ob sie für diesen Fall unbedingt den vierten Ministerposten für sich beansprucht. Wenn darüber Klarheit geschaffen ist, sollen die Verhandlungen fortgesetzt werden.

Die Volkspartei-Fraktion des Landtages hatte bald nach Schluß dieser Besprechung eine Fraktionsitzung, als deren Ergebnis sie dem Ministerpräsidenten Braun mitteilen ließ, daß sie an ihrer Forderung nach zwei Ministerposten festhalten müsse. Damit schienen die preussischen Verhandlungen vorerst gescheitert.

Die vage Hoffnung, es könne durch die interfraktionellen Besprechungen in Preußen noch eine Einigung herbeigeführt werden, die sowohl Preußen wie dem Reich zugute komme, ist einstweilen gescheitert. Die preussischen Koalitionsparteien haben sich am Freitag nachmittags bereit erklärt, der Deutschen Volkspartei einen Sitz im Kabinett einzuräumen. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei aber betrachtet dieses Angebot als ungenügend und fordert nach wie vor zwei Plätze.

Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten in Preußen

sprechen der Volkspartei das Recht ab, mehr als ein Portefeuille zu verlangen. Sie weisen darauf hin, daß sie seinerzeit in der Hoffnung, eine Koalition der Rechten herbeizuführen zu können, die Regierung mutwillig verlassen habe. Es liege kein Grund vor, sie jetzt ohne weiteres wieder in den früheren Stand zurückzuerheben. Das gegenwärtige Kabinett besitze auch ohne sie eine Mehrheit. Es funktioniere ausgezeichnet, und wenn man den damals Ausgeschiedenen jetzt mit Rücksicht auf die Verhältnisse im Reich entgegenkomme und sie wieder aufnehmen wolle, so müßten sie sich mindestens fürs erste mit einem Sitz zufrieden geben.

Das alles sind gute Argumente, und wir sollten meinen, daß sich ihnen auch die Volkspartei nicht verschließen dürfe, wenn anders es ihr um die Herstellung einer stabilen Regierung im Reich und um die Sicherung des Parlamentarismus ernst ist. Allerdings läßt sich nicht verhehlen, daß das Zentrum in den letzten Tagen eine Haltung eingenommen hat, die eine Verständigung nicht gerade erleichtert. Die Zurückziehung des Ministers von Guérard war der schwerste und verhängnisvollste Fehler. Dazu aber kommt eine sehr merkwürdige und nicht unbedenkliche Taktik in der Behandlung der preussischen Angelegenheit.

In der Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses des Zentrums, die am Mittwoch stattfand, haben nach dem Bericht der „Germania“ vom Donnerstag morgen die Vertreter der preussischen Zentrumsfraktion der Ueberlassung von zwei Ministerien an die Volkspartei ihre Zustimmung gegeben. Erste Frage: Warum ist heute nicht mehr das möglich, was vor zwei Tagen in Aussicht genommen worden war?

Weiter: Maßgebende Persönlichkeiten des Zentrums versichern, daß der Beschluß vom Mittwoch die Bereitwilligkeit bedeutet habe, auf einen zurzeit vom Zentrum eingenommenen Sitz zugunsten der Volkspartei zu verzichten. Zweite Frage: Warum ist diese Interpretation dem Reichskanzler nicht mitgeteilt worden und warum hat sich die formulierte Entschliehung des Zentrums auf die Erklärung beschränkt, daß der Parteivorstand Kaas die Preußenfraktion bitten werde, zwei Sitze zuzugestehen?

Hier war nicht die Rede davon, daß einer von diesen Sitzen vom Zentrum abgetreten werden solle. Wäre das damals offen ausgesprochen worden, so wären die Dinge möglicherweise anders gelaufen.

An solchen Kleinigkeiten und Kleinsichtlichkeiten scheitern Uebereinkommen. Die einen fassen Beschlüsse und geben ihnen, wenn es zu spät geworden ist, eine vorher nicht zu ahnende Auslegung. Die anderen versichern, auf Mitarbeit verzichten zu müssen, wenn sie statt der geforderten zwei Portefeuilles nur eines erhalten. Wer soll den Sinn eines solchen Streites draußen im Volke verstehen. Siedeln hinter diesem Spiel Meinungsverschiedenheiten über sachliche Fragen wie beispielsweise über das Konkordat, so sollen die Parteien es offen aussprechen. Dann erhält das Land wenigstens die Gewißheit, daß es sich um ernste Dinge handelt. Im anderen Falle wird das Ansehen des parlamentarischen Systems, das ohnehin durch das frivole Treiben der Kommunisten in hohem Maße discreditiert zu werden droht, bei den Außenstehenden um törichter Ränke und unwürdiger Ehrgeizereien willen erschüttert.

Von Sieg zu Sieg!

Wieder eine Unterhauswahl von der Arbeiterpartei gewonnen

London, 8. Februar. (Eigenbericht.)

Knapp nach dem Wahlsieg der Arbeiterpartei in Battersea ist ein neuer Sieg erfolgt. Die Arbeiterpartei vermochte den durch den Tod des früheren Hauptkandidaten der Partei, Ben Stoor, herabgewordenen Sitz in Bishop-Auckland nicht nur zu behaupten, sondern den früheren Vorsprung von 2918 auf 7072 zu erhöhen. Die Ziffern lauten: Frau Dalton (Arbeiterpartei) 14797, Puray (Liberal) 7725, Thompson (Konseruativ) 3357. Bei der vorigen Wahl hatte der Arbeiterkandidat 15786, der Liberale 12068 Stimmen. Der Wahlkreis war liberaler Besitzstand und ist erst vor kurzem zum erstenmal an die Labour Party übergegangen. Die siegreiche Kandidatin Dalton ist die Gattin des Arbeiterabgeordneten und Mitgliedes des Parteivorstandes Dr. Hugh Dalton. Ueber seine Beurteilung des jüngsten Wahlsieges der Arbeiterpartei befragt, äußerte der Parteipräsident, daß die drei letzten Siege der Partei innerhalb von zehn Tagen in höchstem Maße für die allgemeine Stimmung im Lande bezeichnend und unverkennbar sei, daß ein entscheidender Sieg, der für den kommenden Juni bevorstehe, zu einer Arbeiterregierung führen werde.

Ausbau der Krisenfürsorge

Die Krisenunterstützung allgemein gewährleistet.

Der Reichstag nahm gestern den sozialdemokratischen Antrag zur Krisenfürsorge in der folgenden vom Sozialpolitischen Ausschuss veränderten Fassung an:

1. die Reichsregierung zu ersuchen: a) die Krisenfürsorge auf alle Berufe auszu dehnen; b) die Krisenfürsorge nach § 101 des Arbeitsvermittlungs- und Arbeitslosenversicherungsgesetzes allgemein auch auf alle Berufsgruppen zu erstrecken, wenn die Arbeitslosen die Wartezeit von 26 Wochen nicht erfüllt haben, aber 13wöchige Krankenversicherungspflichtige Beschäftigung nachgewiesen haben;

2. die Reichsregierung zu ersuchen: die Unterstützungsdauer in der Krisenunterstützung für Angestellte und Arbeiter bis zum 4. Mai auszudehnen und dabei ausgesteuerte Angestellte und Arbeiter nach näherer Angabe des Reichsarbeitsministers in die Krisenfürsorge wieder einzubeziehen;

3. die Reichsregierung zu ersuchen: auf die Reichsanstalt dahin einzuwirken, daß die Anwendung des Gesetzes betreffend Sonderfürsorge für berufsunfähige Arbeitslosigkeit nicht auf solche Arbeitslose erfolge, die nur vorübergehend — besonders bei Ruftandarbeiten — mit Arbeiten beschäftigt sind, die sonst unter das Gesetz betreffend berufsunfähige Arbeitslosigkeit fallen.

Der Reichstag hat am Freitag unter den denkbar größten politischen Schwierigkeiten die Vorlage des sozialen Ausschusses für den Ausbau der Krisenfürsorge bei Stimmhaltung der Rechtsparteien und mit Zustimmung der Kommunisten verabschiedet. Der Verabschiedung ging eine Debatte voran, in der die Redner des Zentrums heftig gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion polemisierten.

Der soziale Ausschuss hatte aus einer Fülle von Anträgen den sozialdemokratischen Antrag zur Grundlage seiner Entscheidung gemacht. Die Sozialdemokratie verfolgte zwei Ziele, einmal die grundsätzliche Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle Berufe, und zum anderen die Verlängerung der Dauer der Krisenunterstützung. Die Reichsregierung hat sich bereit erklärt, die Krisenfürsorge auf eine Reihe weiterer Berufe auszudehnen und dafür zunächst rund drei Millionen Mark monatlich bereitgestellt. Ihre Vorbehalte gegenüber dem ersten Punkt beziehen sich auf diejenigen Berufe, die bereits in der Sonderfürsorge für berufsunfähige Arbeitslosigkeit eingegliedert sind oder bei denen ein günstiger Arbeitsmarkt vorliegt.

Gegenüber dem Einwand, den das Zentrum seit zwei Tagen als Oppositionspartei gegen die Fassung des sozialdemokratischen Antrags machen zu müssen glaubte, muß festgestellt werden, daß in den ganzen zurückliegenden Jahren unter dem Arbeitsminister Brauns und unter Mitwirkung des Zentrums derselbe Antrag mit dem gleichen Wortlaut „Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle Berufe“ wiederholt angenommen worden ist, und daß diese wiederholten Willenserklärungen des Reichstages eine ständige Erweiterung der unter die Krisenfürsorge fallenden Berufe gebracht haben und auch diesmal nach den Erklärungen Wiffells und Hüfnerdings diese Ausdehnung der Krisenfürsorge erheblich weiter entwickeln wird.

Das Zentrum glaubte zwar, in den Reichstagsberatungen diesen sozialdemokratischen Antrag als Agitationsantrag bezeichnen zu müssen, weil die Erweiterung auf alle Berufe nach den Erklärungen der Regierung nicht auf einmal, sondern unter Berücksichtigung des Arbeitsmarktes und im Rahmen der Finanzkraft des Reiches erfolgen soll, wogte es aber am Schluß ebensowenig wie die Kommunisten diesen großen Fortschritt der diesmaligen Reichstagsberatungen abzulehnen. Es stimmte lediglich die Wirtschaftspartei dagegen.

Zu dem sozialdemokratischen Antrag, die Unterstützungsdauer obligatorisch auf 52 Wochen zu verlängern, hatte die Reichsregierung erklärt, daß sie augenblicklich angesichts der Finanznot des Reiches keine bindende Zusage für die Erfüllung dieser Forderung machen könne. Die Sozialdemokratie hätte zwar im Reichstag mit den Oppositionsparteien Zentrum, Kommunisten und Deutschnationalen eine Mehrheit für diese Forderung gehabt, mühte es aber nach den abgegebenen Regierungserklärungen vermeiden, daß etwa durch einen solchen Reichstagsbeschluß den Arbeitslosen eine Hoffnung gemacht wird, die vom Kabinett nicht erfüllt werden kann. Die Regierungserklärungen stammen auch noch aus der Zeit, in der das Zentrum der Regierung angehörte und das Zentrum weiß, daß sich

durch seinen Austritt seit drei Tagen die Finanzkraft des Reiches nicht erhöht hat.

Es mußte ein anderer Weg gesucht werden, um, wenn jetzt keine dauernden Bindungen eingegangen werden können, wenigstens den Erwerbslosen für die nächsten Monate zu helfen. Die Sozialdemokratie hat deshalb zunächst einen Beschluß herbeigeführt, der dahin geht, die Unterstützungsdauer in der Krisenunterstützung bis zum 4. Mai 1929 auszudehnen und die bereits ausgesteuerten Arbeiter und Angestellten wieder in die Krisenfürsorge einzubeziehen. Damit ist als wichtigste Maßnahme die Krisenunterstützung allgemein gewährleistet, und es wird Aufgabe des Reichstags sein, vor dem Ablauf der Frist über die weitere Regelung der Krisenfürsorge zu entscheiden. Es ist anzunehmen, daß bis zum Mai sowohl der Etat des Reiches, als auch der Arbeitsmarkt eine bessere Uebersicht als heute gewähren und die Kritiker der Sozialdemokratie haben inwieweit Gelegenheit, durch die Bewilligung ausreichender Steuermittel das Reich in die Lage zu versetzen, im Mai eine dauernde Regelung der Krisenfürsorge zu sichern, die im Augenblick nur eine befristete sein konnte.

Selbst der vorbereitete Värm, den die Kommunisten bei den Abstimmungen auf der Reichstagstribüne in den Händen, war geeignet, die wirkliche Situation zu kennzeichnen. Bei der Ablehnung der kommunistischen Agitationsanträge wurde auf der Tribüne geläutert. Als dann bei der entscheidenden Abstimmung über die Beschlüsse der sozialen Ausschusses abgestimmt wurde und die ganze kommunistische Fraktion Punkt für Punkt für die Ausschüsse der Sozialdemokraten stimmte, die angeblich Arbeiterverrat bedeuten sollen, war die Tribüne ebenso still wie die kommunistische Fraktion. Der sozialdemokratische Redner konnte mit Recht feststellen, auch gegenüber dem Zentrum, daß die Sozialdemokratie seit Jahren, ob in der Opposition oder in der Regierung, unabhängig an der Erweiterung und Verbesserung der gesamten Erwerbslosenfürsorge maßgeblich und positiv mitgewirkt hat.

Ebenso war auch die Verabschiedung dieser Ausschüsse der einzige Weg, um wiederum den aus der Arbeitslosenversicherung Ausgesteuerten sofortige und ausreichende Hilfe zu bringen.

Wieder Kommunistenlärm.

Schamlo'es Spiel mit der Rot der Erwerbslosen.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat in der gestrigen Reichstagsitzung ihr schamloses Spiel mit der Rot der Erwerbslosen fortgesetzt. Seit 3 Uhr nachmittags war bekannt, daß sie wieder eine Störung der Sitzung von der Tribüne aus organisiert hatte.

Als bei der Beratung der Erwerbslosenfürsorge die Ablehnung eines kommunistischen Antrages verkündet wurde, begleitete die kommunistische Fraktion die Feststellung mit vorher verabredeten Pfuirufen. Für einen Tribünenbesucher war dies Signal Anlaß zu fortgesetzten Beschimpfungen der Sozialdemokraten.

Die kommunistische Fraktion unterstützte diese sorgsam vorbereitete Szene, indem sie die Sozialdemokraten mit widerlichen Zurufen wie „Hundepartei, Saubande“ und noch gemeineren Bezeichnungen beschimpfte.

Der Tribünenredner, der von einer kommunistischen Schutztruppe umgeben war, weigerte sich, die Tribüne zu verlassen. Er und seine Freunde leisteten der herbeigerufenen Polizei Widerstand. Sie wurden schließlich mit Gewalt entfernt.

Einige führende kommunistische Intellektuelle waren eigens kurz zuvor auf der Journalistentribüne des Reichstages erschienen, um sich von dieser sicheren Stelle aus den bestellten Lärm anzuhören. Vom sicheren Posten aus konnten die Herren und Damen, die man offenbar wie zu einem Schauspiel geladen hatte, in Ruhe zusehen, wie die bestellten Demonstranten sich mit der Polizei raufen. Sie selbst würden eine derartige „revolutionäre Aktion“ natürlich niemals mitmachen. Dazu hat man keine Leute. ...

Polizeidebatte im Landtag.

Deutschnationale Schnoddrigkeiten.

Die am Freitag im Preussischen Landtag fortgesetzte Debatte über die preussische Polizei beim Etat des Ministeriums des Innern brachte nichts Neues. Während die Kommunisten und Nationalsozialisten von ihrem Standpunkt aus in der Polizei nur ein Unterdrückungsinstrument sahen, bezeichnete der Zentrumredner die preussische Polizei als die beste und verfassungstreuere. Der Demokrat Barteld fand jedoch, daß der Grundgedanke des Ministers, daß gerade die Schupoämtern in ihrer Einstellung zum Staat absolut zuverlässig sein müssen, bei den zuständigen Behörden noch lange nicht genug beachtet werde.

Der deutschnationale Sprecher, ein früherer Polizeimajor Borch, fand natürlich wieder an der Personalpolitik des Ministers allerlei auszusetzen. Nach den politischen Begriffen der Deutschnationalen ist es ungemein gefährlich, die preussische Polizei in den Händen eines Sozialdemokraten zu lassen. Den Begriff Vaterland kenne die Sozialdemokratie erst so lange, als sie Ministerstelle inne habe. Die ausgesprochen schnoddrigen Ausführungen dieses entlassenen reaktionären Polizeioffiziers fanden in dem schwach besetzten Hause sehr wenig Beachtung.

Ein von den Regierungsparteien und der Deutschen Volkspartei gemeinsam gestellter Antrag, das in seiner Existenz schwer geschädigte Bad Homburg v. d. H. wieder in staatliche Verwaltung zu übernehmen, wurde dem Hauptausschuß überwiesen.

Die Aussprache über die preussische Polizei wurde auf Sonnabend, den 9. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr vertagt. In ihr wird Innenminister Orzeszinski das Wort ergreifen.

Die Hezge gegen die Finanzämter.

Sulsum, 8. Februar.

Der Bauernführer Hamtens sprach gestern im Huserer Finanzamt vor, das ihm Mißgebur, die ihm von einer Räuberbande zustanden, gepfändet hatte. Auf seine in einer Vernehmung ergangene Auforderung hatten sich zugleich verschiedene Banden in Finanzamt eingefunden, um den Ausgang der Angelegenheit abzuwarten. Die Banden wurden erlucht, das Haus zu verlassen. Als sie diesem Ersuchen nicht Folge leisteten, wurden zehn von ihnen festgesetzt. Sie werden sich wegen Hausfriedensbruches vor verantworten haben. Die Menge, die sich vor dem Gebäude angesammelt hatte, ging auf dreimalige Auforderung jährend auseinander.

Die Elsäffer antworten...

Sechs Autonomisten sprechen in der Kammer.

Paris, 8. Februar.

Die Debatte über die elsässische Frage ist abgeschlossen. Es kamen nur elsässische Redner zu Wort. Der Autonomist Brogly führte aus: Das elsässische Unbehagen ist verursacht durch allgemeine Enttäuschung infolge der

Irrethümer und Langsamkeit der Verwaltung, verschärft durch den Terror, dessen Opfer meine Freunde sind.

Der Heimatbund will die elsässischen Ansprüche verteidigen, die Regierung auf einen ausgesprochenen Regionalismus hinweisen und die öffentliche Meinung vor den Beleidigungen der großen Presse schützen. Poincaré hat abgelehnt, die Verfolgung der Unterzeichner des Heimatbundmanifestes einzustellen. Die Separatistenangelegenheit hat die französische Justiz im Elß kompromittiert. Man stellt den Autonomismus als Separatismus hin, aber

im Elß gibt es keinen Separatismus. Der französische Gedanke ist im Elß nicht bedroht.

Wenn man gegen die Politik einiger Regierungen ist, heißt das etwa, gegen Frankreich sein? Anderswo ist Kritik gestattet, aber wenn jemand im Elß Kritik üben will, ist er gleich ein Feind des Vaterlandes. Brogly forderte die Wahrung des religiösen und Schulstatuts im Elß, Amnestie für die Colmarer Verurteilten, Maßnahmen zugunsten der Beamten, die das Heimatbundmanifest unterzeichnet haben, das regionale Regime im Rahmen Frankreichs und ebenso den zweisprachigen Unterricht während des Krieges, so erklärte er, haben die deutschen Behörden in Gemeluden mit französischer Bevölkerung zuerst die französische Sprache lehren lassen. Diese Methode muß heute für die deutschsprachigen Gemeinden gelten.

Der elsässische Abg. Bilger (Demokrat) fragte, ob die Justiz im Elß bald über den Parteien stehen werde. Der Redner behauptet, verschiedene bei den Hausdurchsuchungen im Elß beschlagnahmte Dokumente seien nicht zu den Gerichtsakten genommen, sondern verschwunden.

Poincaré bezeichnet dies als Lüge und Verleumdung.

Bilger sagte weiter u. a.: Warum habe man systematisch diejenigen böswillig genannt, deren einziges Unrecht war, politische Gegner zu sein? Die für den Colmarer Prozeß Verantwortlichen hätten

der französischen Sache im Elß ungeheuren Schaden zugefügt.

Am übrigen legt Bilger ein Treuegelöbnis für Frankreich ab.

Abg. Wendmann, der Führer der neuen katholischen elsässischen Partei erklärt, seine Partei lehne die interkonfessionelle Schule ab, weil diese der Laienschule den Weg bereite, ebenso auch den Autonomismus, weil ein autonomes Elß schnell deutsch werden würde.

Der neugewählte autonomistische Abg. Stürmel (Katholik) protestiert gegen den Colmarer Prozeß. Die Polizeimaßnahmen hätten die Gefühle der Elsäffer tödlich verletzt.

Der autonomistische Abg. Hauff (Colmar) betont, daß das elsässische Volk durch die Wahlen gezeigt habe, was es über die Maßnahmen der Justiz im Colmarer Prozeß denke. Er wendet sich gegen die Ungültigkeitserklärung der Wahlen von Riedlin und Rossé.

Abg. Metz-Molsheim (Demokrat) erklärt, die elsässische Mißstimmung sei vor allem auf moralische Ursachen zurückzuführen. Zwangsmittel seien schlechte Politik. Er wünscht eine verfassungsmäßige Garantie für die Achtung des religiösen und Schulstatuts, wie Poincaré angekündigt habe.

Ein Resolutionsantrag der Radikalen enthält neben dem Ausdruck der Hoffnung auf eine endgültige Befreiung der Mißverständnisse die wiederholte Forderung auf Einführung der Laiengehobung im Elß. In dem Antrag der Regierungsparteien werden Elß-Bezirgen entsprechend dem Wunsch des Ministerpräsidenten „das Vertrauen und die Sympathie der Kammer“ zum Ausdruck gebracht.

Mit 465 gegen 10 Stimmen bei Stimmenthaltung der Sozialisten wurde schließlich folgender Antrag Thomson (radikale Linke) angenommen:

„Am Vertrauen auf die treue Anhänglichkeit der elsässischen und lothringischen Bevölkerung zum einigen und unteilbaren Frankreich geht die Kammer unter Ablehnung jedes Zusatzes zur Tagesordnung über.“

Zuvor war der sozialistische Antrag mit 330 gegen 256 Stimmen abgelehnt worden.

Ein Antrag des Autonomisten Walter, die Regierung aufzufordern, jede Vergeltungs- und Machtpolitik aufzugeben, die begangenen Fehler und Ungerechtigkeiten gutzumachen, den politischen Verurteilten Amnestie zu gewähren und eine allgemeine Verwaltungsreform durchzuführen, war durch die Annahme des Antrags der radikalen Linken erledigt.

Konsumenten — Nebensache.

Ein Zeugnis agrarischer Verständnisslosigkeit.

Im Landwirtschaftsausschuß des Preussischen Landtags stand ein Antrag der Deutschen Fraktion zur Beratung, der die Beseitigung der Getreideleisteinfuhr zum Ziele hatte. Die Begründung dieses Antrags erfolgte durch den Abg. Schmitt (Linsburg) von der Bauern- und Bandoostpartei. Als ihm während seiner Begründungsrede von Sozialdemokraten zugerufen wurde, doch einmal auf die Fleischpreise, die der Konsument zahlen müsse, einzugehen, rief der Bauernvertreter: „Das geht uns als Vertreter der Landwirtschaft gar nichts an!“ Diese Aeußerung aus dem Munde eines Vertreters einer politisch völlig unbedeutenden Gruppe braucht nicht besonders tragisch genommen zu werden. Viel wichtiger ist, daß in der Aussprache kein Vertreter der übrigen bürgerlichen Parteien den Mut fand, von dieser Aeußerung abzurücken. Sie kann als Beweis mit dafür gelten, daß es immer noch Landwirte gibt, die sich einbilden, nur sie allein seien auf der Welt. Es ist ihnen noch immer nicht zum Bewußtsein gekommen, daß die Landwirtschaft nur in Ordnung zu bringen ist durch die Mitarbeit aller Bevölkerungskreise und besonders der breiten Konsumentenschichten.

Der deutschnationale Bauernvertreter, Abg. Kricheldorf aus Ostpreußen, sagte, man müsse zu der Auffassung kommen, daß die Sozialdemokratie künstlich die Zahl der Erwerbslosen steigern wolle. Derartige Behauptungen müssen natürlich dazu beitragen, die Gegensätze zu verschärfen. Der Antrag der Deutschen Fraktion wurde zum Schluß abgelehnt. Angenommen wurde dafür ein sozialdemokratischer Antrag, der von der Staatsregierung Maßnahmen zur Beseitigung der Preispanne zwischen den Verkaufspreisen der Produzenten und den Einkaufspreisen der Konsumenten in Vorschlag gebracht wissen will.

Beamte der Republik.

Er braucht keine „Judenrepublik“, aber er nimmt ihr Geld.

Am 19. August 1928 betraten einige Angehörige des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Uniform den Wartesaal 3. Klasse des Bahnhofes in Oppeln. Kaum waren die Reichsbannerkameraden bemerkt worden, als drei Herren, die zusammen an einem Tisch saßen, laut zu grinsen angingen: „Wir brauchen keine Judenrepublik.“ Die Feststellung dieser grölenden Herren war mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden, weil die Bahnhofspolizei den erstaunten Republikanern erklärte, im Wartesaal habe jeder das Recht, zu singen, was er will. Glücklicherweise konnte doch der Name des „Hauptjägers“ mit Hilfe der Angestellten des Bahnhofswirtes festgestellt werden. Es handelte sich um einen Beamten der Republik, nämlich den Postsekretär Urruh aus Oppeln.

Die Republikanische Beschwerdestelle Berlin stellte sofort bei der Staatsanwaltschaft Oppeln Strafantrag und das Schöffengericht hat nunmehr am 29. Januar 1929 für Urruh eine Geldstrafe von 150 M. an Stelle einer an sich vermittelten Gefängnisstrafe von 30 Tagen erlassen. Der mitangeklagte Krawatz bekam 100 M. Geldstrafe.

Die Rechtsangleichung.

Besprechungen in Dresden.

Von Sonnabend bis Montag finden in Dresden die Besprechungen der Vertreter der österreichischen und der deutschen Volkspartei statt, um die Rechtsangleichung zwischen den Beschlüssen der Strafausschüsse beider Parlamente herbeizuführen. An diesen Besprechungen nahmen als Vertreter der österreichischen Reichsratsfraktion die Genossen Dr. Eisler und Renner teil, für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Genossen Pflüß und die Genossen Dr. Karum und Dr. Rosenfeld.

Die Londoner Sozialistentagung.

Besprechung von Reparation und Rheinlanddrängung.

London, 8. Februar. (Eigenbericht.)

Die sozialistische Vierländerkonferenz, die im Transporthaus ihre ersten beiden Sitzungen abhielt, erörterte in einer allgemeinen Aussprache die großen politischen Fragen der nächsten Zukunft Westeuropas, besonders Reparation und Rheinlanddrängung. Den Vorsitz führte vormittags MacDonald, nachmittags Tom Shaw. Außer Blum, Brake und Kuriol (Frankreich) waren auch Vandervelde (Belgien) und Henderson (England) durch Erkrankung an der Teilnahme verhindert. Der Franzose Kuriol wird jedoch an der morgigen Sitzung teilnehmen.

Die Reparationskonferenz.

Morgan in Paris.

Paris, 8. Februar. (Eigenbericht.)

Die deutsche Delegation zur Sachverständigenkonferenz unter Führung von Reichsbankpräsident Schacht und Geheimrat Bögger ist in Paris eingetroffen. Zum Empfang waren Vertreter der deutschen Botschaft sowie der Kriegslastenkommission erschienen. Fast zur gleichen Zeit kamen im Bahnhof St. Lazare die amerikanischen Sachverständigen Morgan und Young an.

Der römische Friedensschluß.

Notifikation durch die Kurien.

Vat., 8. Februar.

Das schweizerische politische Departement hat von dem schweizerischen Gesandten in Rom die Bestätigung erhalten, daß die Verständigung zwischen Italien und dem Vatikan erfolgt sei. Die Kurien haben bereits die Anweisungen zur Mitteilung dieser Verständigung an die Regierungen, bei denen sie akkreditiert sind. Man erwartet, daß diese Mitteilungen in den nächsten Tagen erfolgen.

Das neue Alphabet.

Schwierigkeiten der Einführung in der Türkei.

Konstantinopel, 8. Februar. (Eigenbericht.)

Die Einführung der lateinischen Schrift in der Türkei hat zu einem fürchterlichen Tohuwabohu geführt, das noch lange andauern wird und das den Verwaltungsapparat samt verschiedenen wichtige Zweige des öffentlichen Lebens lahmzulegen droht. Von den tausenden Beamten, die sich zum Examen darüber gestellt haben, ob sie die neue Schrift für den Amtgebrauch beherrschen, sind 50 Proz. durchgefallen. Diejenigen Beamten, die die Prüfung bestanden haben, müssen jetzt die ganze Arbeit leisten, während die Durchgefallenen unaktiv dastehen und dennoch Gehalt beziehen, weil die Regierung nicht wagt, die Hälfte ihrer Beamten zu entlassen. Technisch kanonische Zustände herrschen im Zeitungswesen. Die Auflage der drei großen Tageszeitungen „Akşam“, „Sour Saat“ und „Djühürjet“, die insgesamt gegen 30 000 Exemplare betrug, ist auf weniger als 10 000 gesunken, weil der größte Teil des Publikums die neuen Schriftzeichen nicht lesen kann. Dabei sind die Blätter genötigt gewesen, ihr Personal an Redakteuren und Setzern zu verdoppeln. Die Zeitungen sind infolgedessen in derartig wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, daß die Regierung ernsthaft erwägt, sie durch eine Stützungsaktion vor der Katastrophe zu retten.

Aus Sabal haben britische Flugzeuge bis jetzt 308 Personen abgeholt.

Gegen Gotteslästerungsparagrafen.

Genosse Landsberg begründet den sozialdemokratischen Streichungsantrag.

In der gestrigen Sitzung des Strafrechtsausschusses verteidigte Abg. Dr. Landsberg (Soz.) den sozialdemokratischen Antrag auf Streichung des Gotteslästerungsparagrafen:

Dieser Antrag habe mit der Trennung von Kirche und Staat nichts zu tun, werde sie doch auch in konfessionellen Kreisen angefeindet, und manche Gläubigen seien der Ansicht, daß die Befreiung von Staat und Kirche diese nur heben könne. Der Streichungsantrag habe auch nichts mit der Gewissensfreiheit zu tun, die niemals das Recht zu grob beschimpfenden Äußerungen geben könne. Die sozialdemokratische Fraktion sei gegen den Gotteslästerungsparagrafen nicht aus Religionsfeindlichkeit. Das sei die sozialdemokratische Fraktion niemals gewesen. Auch ohne Glauben an einen persönlichen Gott sei man ein religiöser Mensch, wenn man sich mit dem Gedanken beschäftigt, daß unser Leben zwischen zwei große Wunder, dem der Geburt und dem des Todes, eingebettet sei. Schon Goethe habe gesagt: „Das Erforschliche erforschen und sich vor dem Unerforschlichen in Ehrfurcht neigen, das sei doch gewiß ein religiöses Wort.“ Wenn jemand die religiöse Auffassung grob beschimpfe, so könne das demjenigen, der diese Auffassung vertritt, nichts antun, denn Schmutz könne an die wirklich religiöse Auffassung eines Menschen nicht herantreten. Wenn das Zentrum sage, nicht Gott, sondern das Religionsgefühl solle geschützt werden, so sei dem entgegenzuhalten, daß auch andere Gefühle, die vielen heilig seien, nicht strafrechtlich geschützt werden. Man denke an die rohe Beschimpfung der Ehe, die man nicht selten in der Öffentlichkeit hören könne. Eine Wilschehe sei nach der Auffassung von Zeloten ein Konkubinat. Sogar eine nur standesamtlich eingetragene Ehe werde von vielen Eiferern dem Konkubinat gleichgestellt. In der Öffentlichkeit sei schon oft das Institut der Ehe beschimpft worden. Ebensowenig bedürfe das religiöse Gefühl eines besonderen Schutzes. Viele Eiferer sollten sich im öffentlichen Leben mehr zurückhalten. Das könne der Religion nur zugute kommen. Erst die Abwehr solcher Eiferer führe zu Leuherungen, die auch auf das Amt bezogen werden könnten, das der Eiferer bekleide. In heiligen Schriften gebe es kein schöneres Wort als das: „Segnet, die euch fluchen!“

Der jetzigen Rechtsprechung über den Gotteslästerungsparagrafen müsse ein Ende gemacht werden. Die sozialdemokratische Fraktion halte den Gotteslästerungsparagrafen für überflüssig und gefährlich und beantrage deshalb seine Streichung.

Abg. Strathmann erklärte sich als Theologieprofessor für den den Paragrafen.

Abg. Müller (Komm.) begründete einen kommunistischen Antrag. Er kritisierte kirchliche, namentlich katholische Gebrauche, wie Prozessionen, Gebete usw. Die Ausführungen riefen Heiterkeit hervor und Vorsitzender Kohl sah sich veranlaßt, ihn wiederholt zur Sache zu rufen. Als Müller im selben Sinne weiter sprach, entzog der Vorsitzende ihm das Wort.

Abg. Wegmann (S.) trat für die Aufrechterhaltung des Gotteslästerungsparagrafen ein, indem er darlegte, daß der Staat und sein Vertreter strafrechtlich geschützt seien. Da müßten auch die Religionsgesellschaften geschützt werden.

Abdahn vertagte sich der Ausschuß auf den 19. Februar.

Bayerische Elektropolitik.

Der Staat wird die unbedingte Herrschaft über die Kraftwerke behaupten.

München, 8. Februar. (Eigenbericht.)

Im Zusammenhang mit der Erhöhung des Aktienkapitals der Bayerischen Großkraftwerke um 30 Millionen Reichsmark machte der Innen- und Finanzminister im Landtag über die Elektropolitik des Bayerischen Staates bemerkenswerte Mitteilungen. Die grundsätzliche Haltung der bayerischen Regierung geht von der Tatsache aus, daß die „weiße Kohle“ das wertvollste Mineral des Bayerischen Staates ist, da mehr als die Hälfte aller in Deutschland vorhandenen und ausbaufähigen Wasserkraftwerke in Bayern liegen. Die bayerische Regierung steht deshalb auf dem Standpunkt, daß der Staat grundsätzlich die unbedingte Herrschaft über die elektrischen Kraftwerke behalten muß. Alle Bestrebungen privater Industriekreise, vor allem des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes, innerhalb Bayerns Energiewirtschaft Fuß zu fassen, werden infolgedessen unter dem Gesichtspunkte verurteilt, daß eine Konkurrenz mit der Landeselektrizitätsversorgung unter keinen Umständen gebildet werde. Alle in Bayern anfallenden Energiemengen sollen ausschließlich durch das Bayerische Kraftwerk verbreitet werden. Die Ausnutzung der bayerischen Wasserkraft für die gesamtdeutsche Wirtschaft wird nur insoweit in Betracht gezogen, als diese mit den Interessen der bayerischen Landeselektrizitätsversorgung vereinbar ist und die Herrschaft des Staates über die Kraftwerke dauernd gesichert bleibt.

Heraus mit der Gesehlichkeit!

Aber die Diktatur muß bleiben.

Die bolschewistische Presse tritt mit einer nichts weniger als neuen Losung auf: „Heraus mit der revolutionären Gesehlichkeit!“ Diese etwas unerwartete Sehnsucht nach der Gesehlichkeit (was für ein bürgerliches Vorurteil!) erklärt sich ganz einfach. Die „Browda“ (Nr. 27) muß selbst zugeben, daß die revolutionäre Gesehlichkeit Gebot der wirtschaftlichen Notwendigkeit ist. Insbesondere könne man nicht das Getreideproblem mit Erfolg lösen, wenn bei dem kleinen Produzenten (d. h. Bauern) keine feste Gewißheit bestehe, daß die Regierungsverordnungen und Gesetze gehalten und nicht durch die unteren Sowjetorgane übertreten und verletzt werden.

Die „Browda“ führt eine Reihe von Einzelfällen als Illustration für ihre Forderung an. So schreibt z. B. eine Verordnung im Kaluga-Gouvernement vor, „zwei Monate vor der Ernte alle Strohdächer abzubrechen“. Eine Sowjetverordnung im Smolensk-Gouvernement ordnet an, daß „bis zur Bezahlung der Landwirtschaftsteuer die Bauern nicht heizen dürfen“. In Kuprianow-Bolotsky ist allen Bürgern über dreißig Jahre verboten, die Tschäuser zu besuchen! Das Berliner Vorparlament hat eine Gebühr für das Eis eingeführt, das die Bauern aus dem Fluß beschaffen, um ihre Kühe für den Sommer zu füttern. Dabei nimmt die Zahl der Beschwerden über die ungesetzlichen Verordnungen und Handlungen der Ortsbehörden von Jahr zu Jahr zu. Die Kaluga-Staatsanwaltschaft hat z. B. im ersten Halbjahr 1928 8859 Beschwerden erhalten (über 60 Proz. der Bauern). In 81,7 Proz. aller Fälle haben sich die Beschwerden als begründet und richtig erwiesen. Besonders oft handelt es sich um Steuerfragen. Die „Browda“ hebt mit Entrüstung hervor, daß in vielen Fällen die ungesetzlichen Verordnungen der unteren Sowjetorgane einen „anekdotischen Charakter“

Sozialer Ausgleich.



„Siehstewoll, wenn sich die Menschen nur entschließen könnten, u' bißchen plöblicher zu sterben, dann wär's mit Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit halb so schlimm!“

Entlarvte Agrardemagogie.

Dr. Heim gegen die bayerischen Bauernkammern.

Die bayerischen Bauernkammern haben kürzlich in offener Form für einen Lieferstreik der Landwirte Stimmung gemacht. Auf einer Tagung der Landesbauernkammer, die in diesen Tagen in München stattfand, wurde eine Entschließung angenommen, die sich gleichfalls zu diesem Standpunkt bekennt.

Der Bauerndoktor Heim, der gegen die jüngste Kundgebung der bayerischen Bauernkammern schon einmal zur Feder gegriffen hatte, nimmt nunmehr im „Bayerischen Kurier“ noch einmal das Wort. Unter der Überschrift: „Zum Schaden Bayerns und seiner Landwirtschaft“ macht er die große Rechnung auf über die unvernünftige Demonstration der Bauernkammern.

„Best steht — so sagt Dr. Heim —, daß die Kundgebung der bayerischen Bauernkammern sehr viel Geld gekostet hat, das die Bauern aus Steuermitteln aufbringen müssen; denn die Vertreter der Bauernkammern reisen fast alle auf Reglementskosten. Im Jahre 1926/27 kostete diese Einrichtung, die durch Umloggen aufgebracht wird, dem Bauernstand 2948 719 M. und heute ist die dritte Million schon überschritten. Wozu Bezirks- und Kreisbauernkammern? Kein Mensch weiß, wozu sie da sind. Auch die Landesbauernkammer ist nicht das geworden, was ihr feinerzeit zugehört war. Schließlich sei hier noch bemerkt, daß selbst zuständige Organe nicht wissen, wer diese Tagung veranstaltet hat. Sicher ist ferner, daß diese Tagung mit einer schweren Schädigung des Bauernstandes endete. Die Zusatzresolution droht mit Einstellung der landwirtschaftlichen Arbeiten. Diese Drohung ist wirkungslos

und ihre Durchführung wäre ein schwerer Schaden für die Landwirtschaft. Den anderen Tag sind die Grenzen offen.

Man darf keine Drohungen aussprechen, wenn man weiß, sie werden nie eingelöst und können nicht eingelöst werden, weil man dadurch der Landwirtschaft den schlechtesten Dienst erweist. Außerdem steht eine unendliche Blamage für Bayern und den bayerischen Bauernstand vor der Öffentlichkeit. Vor mir liegt eine ganze Reihe von Zeitungsberichten aus dem übrigen Deutschland, Inhaltsangabe: Bajuarische Bauernschädel, Hinterwälder Bauern, Bajuarische Hirnrissigkeiten, genagelte Schuhe und vernagelte Köpfe, Bajuarische, nicht mehr zu überbietende Dummheiten. . . .

In der ganzen Versammlung und von sämtlichen Anwesenden hatte keiner den Mut, diesem Blödsinn entgegenzutreten, weder der Minister, noch der Vorsitzende, und der Schlußeffekt ist: Schaden für die Landwirtschaft und Bayern lächerlich vor der ganzen Welt. Eine der größten Blamagen, die je erlebt wurde!“

Das sind Ausführungen, die sich die bayerischen Bauernkammern hinter den Spiegel stecken können. Dr. Heim rüht hier in geradezu aufsehenerregender Weise von ihnen ab.

Besondere Beachtung verdienen seine Angaben über die Unkosten, die die Kammern verursachen. Sie stellen eine Parodie auf die angebliche Not der landwirtschaftlichen Betriebe dar.

Hoffentlich öffnen die Ausführungen Dr. Heims den maßgebenden Kreisen, insbesondere aber den Landwirten, endlich die Augen.

tragen und eine „unerträgliche Einmischung in das Privatleben“ darstellen.

Der Kampf um die „revolutionäre Gesehlichkeit“ wird aber laut „Browda“ durch das schlechte Menschenmaterial in den unteren Sowjet- und Parteiorganen ungemein erschwert. Viele Dorfsowjeten haben sich in „Kulaken“ verwandelt. Ein Teil der Sowjetarbeiter „ist mit den kapitalistischen Elementen des lachenden Landes verwaschen“. Der technische Sowjetapparat im Dorfe ist „mit fremden, mitunter sogar feindlichen Elementen verstopft“ usw. Die Bauern scheinen keinen Unterschied zwischen der zaristischen und der sowjetischen Gesehlichkeit zu sehen. Sie fordern tatsächliche Gesehlichkeit, ohne die kein gesundes Wirtschaftsleben zu gedeihen vermag. Aber die „Browda“ begnügt sich damit, daß sie den Sündenbock nur unter den Dorfsowjeten und unteren Sowjetbeamten sucht. Sie scheint die einfache Wahrheit zu vergessen, daß Gesehlichkeit und Diktatur ebenso unvereinbar sind wie Feuer und Wasser.

Klassenkampf im Sowjetstaat.

Kleinbauern werden erschlagen.

Moskau, 7. Februar. (Dt.-Expres.)

Aus allen Teilen der Sowjetunion treffen Meldungen über Mordtaten, Brandstiftungen u. dergl. ein, die in der Wahlkampagne von den Großbauern u. dergl. ein, die in der freundschaftlichen Dorfbewohner verübt werden. Besonders haben es die Großbauern auf die Kollektivwirtschaften ärmerer Bauern abgesehen, die in vielen Gegenden des Sowjetstaates Brandstiftungen zum Opfer fallen. Am härtesten müht der Kampf zwischen den Großbauern und den ärmeren Bauernschichten im Wolgagebiet und in den mittelasiatischen Republiken, wo der Kapitalismus noch auf vielen Gebieten herrscht.

Kriegsschauplatz Bombay.

67 Tote, 1600 Verwundete!

London, 8. Februar. (Eigenbericht.)

Die Kämpfe zwischen Hindus und Mohammedanern in Bombay dauerten auch am Freitag an, wobei zwei Hindus getötet und 30 Personen verletzt wurden. Die Gesamtzahl der in diesen Straßenkämpfen tödlich verletzten Personen ist 67, während 820 Personen in Spitalbehandlung sind und weitere 800 leichten Ver-

letzungen erlitten haben. Die Straßen Bombays bieten das Bild des Belagerungszustandes. Panzerautos mit Maschinengewehren befahren ständig die Hauptstraßen und außerdem wird ein regelmäßiger militärischer Patrouillendienst in den Vororten aufrechterhalten.

Vertrauen für Zaleski.

Keine außenpolitische Aussprache im Sejm.

Warschau, 8. Februar.

Im polnischen Sejm sollte heute laut Geschäftsordnung die Einzelaussprache über den Haushalt des Ministeriums des Inneren stattfinden. Der Vorsitzende der außenpolitischen Kommission, Fürst Radziwill, erklärte im Namen sämtlicher Sejmparteien, daß der Sejm auf die Einzelaussprache über den Haushalt des Außenministeriums verzichtet.

Diese Erklärung bedeutet, daß der Sejm in seiner Gesamtheit die gegenwärtige Richtung der polnischen Außenpolitik gutheißt und dem Außenminister Zaleski sein Vertrauen ausdrückt.

Karl Schurz, der berühmte Deutsch-Amerikaner, soll nach einem Antrag des demokratischen Senators Wagner (New York) am 2. März eine Stunde Senatssitzung gewidmet werden.

22 der besten mexikanischen Heeresflieger sind nach Jalisco, Guanajuato und Michoacan berufen worden, um die Aufständischen zu bewachen.

Südspanien hat die Grenzsperrung gegen Bulgarien aufgehoben; sie war nach einer Serie Mordtaten auf südspanisch-ungarischen Boden durch aus Bulgarien Gekommene verhängt worden.

In Alenak, der künftigen Hauptstadt des Burgenlandes, ließ sich ein Zug des Landtags, haben die Sozialdemokraten bei der Gemeindevahl ihre Gruppe Mehrheit verliert. Von hundert nämlich die sozialistischen Wehrmänner aus der Garnison achtundzwanzig und durch Christlichsozialer ersetzt. Die Soldaten haben in Deutschösterreich das Wahlrecht.

Ein Bombenanschlag in Tunis betraf eine italienisch-schweizerische Zeitung. Die Bombe war hinter dem Wasserfall verborgen. Glücklicherweise fielen der Explosion Menschenleben nicht zum Opfer. Es wurden nur Risse in den Mauern verursacht und einige Fenster scheiben zertrümmert.

Unwirtschaftliche Kleinwirtschaft.

Gemeingefährlicher Partikularismus.

Die Innungstrankenkassengründerei nimmt von Tag zu Tag mehr überhand. Um der damit verbundenen Zersplitterung der Sozialversicherung Einhalt zu gebieten, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nunmehr einen Antrag zur Aenderung der Reichsversicherungsordnung eingebracht, wonach bis zu einer anderweitigen gesetzlichen Regelung Innungstrankenkassen (§§ 250 ff. der Reichsversicherungsordnung) nicht errichtet werden dürfen. Die Fraktion verlangt also die Schaffung eines Sperrgesetzes.

Wie notwendig ein solches Sperrgesetz ist, zeigen die Forderungen der Wirtschaftsparteier. Sie haben im Reichstag den Entwurf zu einem Gesetz über Innungs- und Betriebskrankenkassen vorgelegt, dessen Verwirklichung die bereits eingerichteten Krankenkassenzersplitterung noch verschlimmern muß. Die Wirtschaftsparteier fordern für den § 250 der Reichsversicherungsordnung eine Fassung, wonach eine Innung oder mehrere Innungen gemeinsam für die ihr angehörigen Betriebe ihrer Mitglieder Innungstrankenkassen errichten können und die in den in Frage kommenden Betrieben beschäftigten Versicherungspflichtigen der Innungstrankenkasse beitreten müssen. Eine Innungstrankenkasse, so heißt es in dem Artikel 2 des von den Wirtschaftsparteiern geforderten Gesetzentwurfs, darf nur errichtet werden, wenn sie den Bestand oder die Leistungsfähigkeit vorhandener allgemeiner Ortskrankenkassen und Landkrankenkassen nicht gefährdet (§ 242); dabei gilt eine Kasse nicht als gefährdet, wenn sie nach Errichtung der Innungstrankenkasse mehr als 800 Mitglieder behält, wenn ihre Leistungsfähigkeit den der maßgebenden Ortskrankenkasse mindestens gleichwertig sind und ihre Leistungsfähigkeit für die

Dauer sicher ist. Vor der Errichtung soll der Gesellenausschuß, die zuständige Handwerkskammer sowie die Aufsichtsbehörde der Innung gehört werden.

Gegenwärtig ist die Errichtung einer Innungstrankenkasse nur möglich, wenn die bedrohte Ortskrankenkasse nach der Gründung der Innungstrankenkasse mehr als 1000 Mitglieder behält. Schon diese Bestimmung ist heutzutage völlig unerträglich. Was soll eine Ortskrankenkasse, deren Mitgliederbestand man von etwa 20 000 Mitgliedern auf 10 000 oder 1000 Mitglieder herunterdrückt, obwohl ihr ganzer Apparat auf eine viel größere Mitgliederzahl aufgebaut ist? Die Forderung der Wirtschaftsparteier, daß die Leistungen der Innungstrankenkassen denen der Ortskrankenkassen gleichwertig sein sollen und daß die Leistungsfähigkeit der Innungstrankenkasse für die Dauer sicher sein soll, sind keine neuen Forderungen; sie sind Bestandteile der bereits geltenden und unhaltbaren Grundbedingungen für die Errichtung von Innungstrankenkassen. Das gleiche gilt von der vorherigen Anhörung des Gesellenausschusses. Praktisch haben sich alle diese Bedingungen als völlig wirkungslos erwiesen. Wohlwollende Landesbehörden werden sehr schnell dauernde und gleichwertige Leistungsfähigkeit feststellen. Und das „Anhören“ des Gesellenausschusses war nie etwas anderes als eine leere Formalität.

Die deutsche Sozialpolitik soll vereinheitlicht werden, damit Kosten gespart werden. Der Weg zur Vereinheitlichung ist kaum beschränkt. Es wäre ein Stück aus einem Tothaus, wenn man ausgerechnet legt, wo man sich anschießt, die Vereinheitlichung vorzubereiten, der Innungstrankenkassengründerei und damit der Zersplitterung der Sozialpolitik Tür und Tor öffnen würde.

Wohin steuern die Textilindustriellen?

Ausfaltung des Staates.

Ein harmloses Gesicht zeigt der Vorschlag des Arbeitgeberverbandes der Textilindustrie, zur Beilegung der Konflikte in Sachsen-Thüringen, in der Saus und im Buppertal ein neutrales Schiedsgericht einzusetzen. Es sind keine schlechten Vorschläge, die den Schiedsgerichtsvorschlag formuliert haben. Sie haben rechtzeitig dafür gesorgt, daß die Öffentlichkeit so schnell wie möglich die friedlich klingende Musik vernehmen konnte. Man erklärt der Öffentlichkeit: Seht, hier ist der Weg zum Frieden. Wenn die Textilarbeiter diesen Weg nicht beschreiten, dann weiß jeder, wer der Friedensstörer ist.

Die Textilarbeiterorganisationen können, wie wir erfahren, erst im Laufe der kommenden Woche, wahrscheinlich erst am Donnerstag, zu dem Schiedsgerichtsvorschlag Stellung nehmen. Nach Lage der Dinge ist kaum anzunehmen, daß die Gewerkschaften zu dem Vorschlag, wie er augenblicklich aussieht, ohne weiteres ja oder nein sagen. Der Schiedsgerichtsvorschlag muß, weil er an die Grundlagen des Schlichtungswesens rührt, genau unter die Lupe genommen werden. Es muß geklärt und festgestellt werden, worauf die Textilindustriellen in der Schlichtungsfrage praktisch hinauswollen.

Die freigestellten Textilarbeiter, die bei aller Kritik an so manchem Resultat der Schlichterei bisher nie gegen das staatliche Schlichtungswesen aufgetreten sind, wollen und müssen genau wissen, wozu die Reize gehn. Will man von dem neutralen Schiedsgericht nur die Textilinteressen oder überhaupt Arbeitgeber- und Arbeitnehmer ausschließen? Wenn die unmittelbar am Konflikt interessierten Parteirepräsentanten nur als Sachverständige herangezogen werden, so wäre das weiter nicht bedenklich. Der Reichsarbeitsminister hat ja selbst nach dieser Richtung auf der Schlichtungskonferenz einen Vorschlag gemacht. Die Fernhaltung der Interessenten wäre aber etwas ganz anderes als die ausschließliche Heranziehung völlig neutraler Schiedsrichter.

Soll künftig ein privates Schlichtungsverfahren, in dem von vornherein bindend und endgültig entschieden und mit dem sofort ein Burgfrieden verknüpft wird, zur Regel werden?

Die Unternehmer werden antworten: Machen wir doch mal die Probe aufs Exempel! Wenn es klappt, dann kann die neue Methode allgemein zur Einführung kommen. Gerade hier liegt aber der Hund begraben. Worauf wollen die Textilindustriellen hinaus? Sie setzen die Kampagne gegen die staatliche Schlichtung fort, die seinerzeit die Metallindustrie Nordwest eröffnet hat. Ihr Ziel ist: Beseitigung der staatlichen Schlichtung.

Den Gewerkschaften werfen sie als Köder die Möglichkeit hin, auf diese Weise zu Tarifverträgen zu kommen. Tarifverträge — flüstert man den Gewerkschaften ins Ohr — sind die Hauptsache; wie sie zustandekommen, ist Nebensache. Wenn es ohne die staatliche Schlichtung geht, dann weg mit ihr! Hinaus aus der Schlichtung mit dem Staat, der sich aller Voraussicht nach von Jahr zu Jahr zu einem sozialen Volksstaat entwickeln muß! Das ist das Endziel des Unternehmertums.

Die Textilindustriellen wollen wie die Eisenbarone Tatsachen schaffen, bevor im Reichstag die Deutsche Volkspartei ihren bereits vorbereiteten Schlichtungsreformantrag einbringt. Die neuen Tatsachen sollen diesem Antrag den Weg ebnen. Deshalb Klarheit, restlose Klarheit über den Schiedsgerichtsvorschlag der Textilindustriellen!

Die unvermeidliche Aussperrung.

Sonderbare Friedensliebe.

Kottbus, 8. Februar (U.).

Auf Einladung des Regierungspräsidenten in Frankfurt an der Oder fanden Verhandlungen über den Lohnstreik der Lausitzer Tuchindustrie statt. Der Einigungsversuch ist an der Haltung der Gewerkschaften gescheitert, die Aussperrung ist unvermeidlich geworden.

Die Meldung der von den Unternehmern inspierten Telegraphen-Union illustriert recht merkwürdig den Friedens-

vorschlag der Textilindustriellen. Die „unvermeidliche“ Aussperrung soll wohl den „Burgfrieden“ einleiten.

Auch in Erfurt gescheiterte Verhandlungen.

Die in Erfurt unter dem Vorsitz des Schlichters Hauschild erfolgte Aussprache der am Kampfe in den sächsisch-thüringischen Webereien beteiligten Parteien hat zu keinem Ergebnis geführt. Der Kampf geht weiter. Der Schlichter hat sich ein weiteres Eingreifen vorbehalten.

„Aussterbende“ Großhändler.

Wie man sich vom Tarifvertrag drücken will.

Die seit Jahren tariflos arbeitenden Arbeiter der Fournageabteilung der Großhandelsfirma Berliner Rollereibesteller hatten vor einiger Zeit den Verkehrsband beauftragt, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich zu regeln. Die Unternehmer gestanden zwar eine Lohnerhöhung zu, lehnten es aber ab, sich tariflich zu binden. Als schließlich auf Antrag der Organisation vor dem Schlichtungsausschuß verhandelt werden sollte, erklärte die Firma plötzlich, daß ihr der Groß-Berliner Arbeitgeberverband des Großhandels unterstellt habe, einen Hausarbeiters abzuschließen. Der Arbeitgeberverband sei vielmehr bereit, mit dem Verkehrsband einen Tarifvertrag für die Gesamtbranche abzuschließen.

Angesichts dieser überraschenden Erklärung wurden die Schlichtungsverhandlungen abgebrochen und an den Arbeitgeberverband das Ersuchen um Verhandlungen gerichtet. Dieser wies aber den Verhandlungen aus, so daß auch er vor den Schlichtungsausschuß zitiert wurde. Trotz der Bemühungen des Organisationsleiters, des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses und der Unternehmerbeisitzer ließen sich die Unternehmer nicht dazu bewegen, einen Tarif abzuschließen. Die Unternehmer begründeten ihr sonderbares Verhalten damit, daß die Branche auf dem Aussterbepfad stehe und nicht mehr tariffähig sei! Vor allem könnten sie nicht die 48stündige Arbeitszeit einführen, sondern müßten weiter verlangen, daß ihre Arbeiter überstunden in unbegrenzter Zahl leisten. Im übrigen soll der Verkehrsband nicht das „gute Einvernehmen“ stören, das zurzeit in dieser Branche zwischen „Herren und Arbeitern“ bestehe.

Der treibende Keil bei diesen Verhandlungen war lediglich der 73jährige Vorsitzende dieser Fachgruppe, der den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen völlig fremd gegenübersteht und selbst erklärte, daß er in keinem Betriebe den Arbeiter spiele und nur einen minderwertigen Arbeiter noch beschäftige. Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses vertagte schließlich die Verhandlungen, um den Unternehmern noch einige Zeit zum Überlegen zu lassen.

Rückblick in der Herrenmaßbranche.

Zweitelmehrheit gegen Moskau.

Die Berliner Herrenmaßschneider hielten am Mittwoch abend im Gewerkschaftshaus ihre Jahresbranchenversammlung ab. Der Branchenleiter, Genosse Faustmann, ging eingangs seines Geschäftsberichtes kurz auf die großen politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen im Vorjahre ein und rief dann den Versammelten die einzelnen Begebenheiten in der Herrenmaßbranche in Erinnerung. Auch im vorigen Jahre hat es ein Teil der Berufskollegen mit der Tarifstreue nicht immer sehr genau genommen und sich auf den ihnen zustehenden Tariflohn erst dann besonnen, wenn sie von ihrem Unternehmer entlassen wurden.

Die im März vorigen Jahres durchgeführte Lohnbewegung endete mit einer Lohnerhöhung von 10 Pf. pro Stunde, so daß die Stundenlöhne in Berlin für Zeitarbeiter je nach der Eingruppierung 1,12 bis 1,20 M. und für die Stücklohnarbeiter 1,07 bis 1,15 M. betragen.

In der Mitgliederbewegung war die Fluktuation auch im vorigen Jahre wieder sehr groß. Trotzdem im Laufe des Jahres über 500 Mitglieder neu aufgenommen wurden, beträgt der Zuwachs

im Berichtsjahre nur 87 Mitglieder. Allerdings sind daran auch die periodenhaften Beschäftigungsmöglichkeiten schuld. Während z. B. bei Beginn des Vorjahres in Berlin 2573 Herrenmaßschneider auf dem Arbeitsnachweis eingetragen waren, waren es im Mai 840, im August dagegen 2929, im November 870 und jetzt schon wieder 2712.

Die Zahl der Betriebsvertretungen löst auch noch sehr viel zu wünschen übrig. Von ungefähr 300 Betrieben, die nach dem BRG eine gesetzliche Betriebsvertretung haben müßten, sind noch viele, die von ihren gesetzlichen Rechten keinen Gebrauch gemacht haben.

An der Diskussion beteiligte sich lediglich ein „Oppositioneller“, der mit den üblichen Argumenten über Ruhrkampf, Schlichtungswesen usw. an dem Geschäftsbericht Kritik zu üben suchte, ohne aber bei der Versammlung Widerhall zu finden. Die Versammlung nahm dann noch die Neuwahl der Branchenkommission vor. Der bisherige Branchenleiter, Genosse Faustmann, wurde gegen etwa 12 Stimmen wiedergewählt. In geheimer Abstimmung wurden dann für die acht „reformistischen“ Kandidaten der Branchenkommission zwischen 211 und 235 Stimmen abgegeben und für die „oppositionellen“ Kandidaten zwischen 99 und 120. Somit haben es auch die Berliner Herrenmaßschneider abgelehnt, sich von Moskau „führen“ zu lassen.

Heute Urwahl bei den Sattlern!

Die Hoffnungen der KPD.

In den bekannten Lokalen findet heute von 1 bis 6 Uhr nachmittags die Urwahl der Angestellten der Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Sattler, Tapezierer und Portefeuller statt. Zwei Listen stehen zur Wahl: Liste Amsterdam und Liste Moskau.

Die Anhänger der Liste Moskau in Verbindung mit der Gewerkschaftsabteilung der KPD machen nun die verzweifeltsten Anstrengungen, einen Erfolg zustande zu bringen.

Trotz aller Quertreibereien der Kommunisten ist es in den beiden letzten Jahren der einheitlichen Führung des Verbandes gelungen, diesen nach innen und außen zu festigen. Außerordentliche Mitgliederzunahme, allein im letzten Jahre 600, und ein starkes Anwachsen des Totalvermögens in Höhe von über 100 000 M. lassen die Anstrengungen der KPD verständlich erscheinen, sich in diesem warmen Nest häuslich niederzulassen. Solch eine Filiale der KPD wäre doch eine feine Sache für Moskau.

Die wirtschaftliche Not der großen Zahl unserer erwerbslosen Mitgliedschaft wird besonders benutzt, um den kommunistischen Parteikarren in Gang zu bringen. Mit größerer Mehrheit als bisher müssen die Mitglieder heute entscheiden, daß sie ernste gewerkschaftliche Arbeit und nicht kommunistische Parolen wollen. Nur die Liste Amsterdam, die die altbewährten Namen A. Blume, B. Osten, R. Weyher, D. Heinrich und W. Hoffmann trägt,

ist heute zum Siege zu führen!

Fortschritte der Maschinisten und Heizer.

Die Delegierten zur Generalversammlung des Verwaltungs- und Wirtschaftsbezirks Brandenburg am 3. Februar im Berliner Gewerkschaftshaus nahmen zunächst den Kasernenbericht entgegen. Den Rückblick eingehend erläuterte. Die Aufwärtsbewegung tritt am deutlichsten in der Aufnahme von rund 1000 neuen Mitgliedern hervor. Der Durchschnittswochenbeitrag stieg von 1,18 auf 1,23 M. An die Hauptkasse wurden vor abgelaufenem 92 261 M. Die Lokalkasse schloß mit 77 187 M. Einnahmen und 59 544 M. Ausgaben ab. Die Sterbekasse des Bezirks zahlte in 22 Sterbefällen an die Hinterbliebenen 8260 M. Den Invaliden des Bezirks wurden rund 10 000 M. zugewandt.

Reinefeld wies in seinem Geschäftsbericht darauf hin, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Maschinisten und Heizer in 42 Tarifverträgen geregelt sind. Außerdem bestehen noch acht zentrale Tarifverträge. Die Wirtschaftskämpfe 1928, an denen die Maschinisten und Heizer in großer Zahl beteiligt waren, erforderten Streikunterstützungen von insgesamt 640 000 M. Nach einem Ueberblick vom letzten Bundeskongreß wurde der Aufbau des Wirtschaftsbezirktes in Stadtbezirken, Ortsgruppen und Branchen eingehend dargelegt. Die Organisation ist im Oberverwaltungsamt Berlin, wie im Versicherungsamt durch je einen Kollegen vertreten, während zwei Kollegen als Landesarbeitsrichter und sieben als Arbeitsrichter fungieren. Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder über 65 Jahre ist gegen früher bedeutend gestiegen. Die unter starker Beteiligung der Organisation geschaffene Heizerschule in Berlin hielt im Berichtsjahre drei Kurse ab mit 85 Schülern, von denen 77 die Prüfung bestanden.

Das Ergebnis der Tarifbewegungen in den einzelnen Industrien und Betrieben ist eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 8,5 Proz. An den 17 Lohnbewegungen waren 4251 Kollegen beteiligt. Erreicht wurde ferner eine Verkürzung der Arbeitszeit von 2820 Stunden pro Woche, während die Erhöhung der Löhne 10 720 M. wöchentlich betrug.

Reinefeld schilderte dann das innere Verbandsleben, wobei er eine bessere Beteiligung an den vom Ortsausschuß veranstalteten Bildungs-kursen empfahl. Nach eingehender Diskussion, in der die Delegierten aus den einzelnen Industrien ihre Wohnverhältnisse erörterten, fand eine Entschließung einstimmige Annahme, in der die Generalversammlung eine erfreuliche Aufwärtsbewegung im verflochtenen Jahre feststellte, wofür die Delegierten den Funktionären, wie dem Bezirksvorstand Dank und Anerkennung aussprachen.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Heute, Sonnabend, folgende Veranstaltung: Der Sprech- und Bewegungsdienst kommt zu einer Sprechstunde um 10 Uhr im Jugendheim des Deutschen Verkehrsbandes, Angelfurter 24-26, Aufgang B, pt. zusammen. — **Waktung, Waktung!** Ihr blüht nicht selten auf unfreiem am Sonntag, 10. Februar, 8½ Uhr, im Jugendheim des Deutschen Verkehrsbandes, Angelfurter 24-26, Aufgang B, pt., Rauffindenden Räuberkarussell. Thema: „Der Sieg der Frau“. Referent: Genosse Wabe Schreiber. Interessierte Kollegen können an dem Aufzug teilnehmen.

Zusendardruppe des Zentralverbandes der Anwesenlichen

Heute, Sonnabend, im Jugendheim Lehmer Str. 18-19, pünktlich 10 Uhr, Volkssturm.

Verantwortlich für Politik: Fr. Curt Gees; Wirtschaft: G. Ringelshöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Geisler; Revolution: Dr. John Schilow; Sozial- und Sonstiges: Fritz Karst; Anzeigen: H. Giese; Leitung in Berlin: Bettina; Sonstiges: Berlin G. M. D. Berlin; Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co. Berlin; Vertrieb: 248 St. Ringelstraße 2; Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Fordern Sie Behandlung mit

Homöopathie

und in Apotheken



Madaus

die wirksamen Originalabfüllungen



Diese Wochen bringen für die Maskenverleiher große Ernte. Sie entschädigen sie für die vielen stillen Monate, in denen kein Kunde nach dem bunten fremden Kleide verlangt. Es ist schon ein sonderbares Gewerbe, das sich darauf spezialisiert, herauszufinden, in welchen fremden Kleidern sich die Welt amüßeren will. Denn auch das Maskentostüm ist dem Wandel und der Mode unterworfen. Einestells will man die bekanntesten Zügelstücken und Modetorheiten parodieren, andererseits sucht man vergangene Dinge zu beleben. Ein drittes Moment kommt durch den Kunstfilm hinzu, der die Groteskmasken und Kostüme bevorzugt. Die Künstler waren von jeher Verbündete der Rortheit, in jungen Jahren sieht ihnen der Schall los im Nacken. So sieht man in diesem Jahre sehr viele Stilmasken, d. h. Kostüme, die frei erfunden in Anlehnung an einen bestimmten Vorwurf noch künstlerischen Geistes der Form und der Farbe entworfen werden. Oft sollten diese Art Kostüme ein großes Fragezeichen auf dem Rücken tragen: Was weiß nicht, was soll es bedeuten? Theater, Sport und, wie schon bemerkt, Stilrichtungen beeinflussen stark die jeweiligen Mode des Faschings. Die Liebe für Mäntelmasken ist im Schwimmen begriffen.

Ein mittleres Maskengarderobengeschäft, das speziell im alten Westen der Stadt seine Kunstschöpfung besitzt, gibt alle diese Weisheit zum besten. Aber es lehnt das Unsinnes ab, mit dem ein Phantast sich ihm nähert, daß man hier Sensationen erleben könnte. Die Frau ist eine geschickte Köcherin, die manches von der Garderobe selbst herstellt. Man steigt drei Treppen im Hinterhaus hinauf. Der Mann meint, eigentlich gehöre ein solches Geschäft in die erste Etage des Vorderhauses, aber der schlechte Geschäftsgang in den letzten Jahren mache den Betrieb nicht mehr rentabel. Der Inhaber erklärt, jedes Geschäft muß sich besonders auf die Eigenart seiner Kunden einstellen. Für viele kommen nur wenig verteilte und gänzlich neue Kostüme in Frage. Die Leihgebühr bleibt bei den neuen Kostümen noch immer unter der Hälfte des wirklichen Wertes der Kostüme. Dem Durchschnittskunden kommt es dagegen mehr auf die Billigkeit an. Für 5 bis 6 M. Leihgebühr verlangt man eine laubere Maske.

Hier erfährt man auch, was der diesjährige Schmuck bevorzugt. Ausgerechnet diesmal Vorkriegsmäden und Ländlertrachten. Auch alte Stoffstücke, Kotofoto (1760) und Biedermeier (1830) werden gern verlangt. Volkstrachten sind seit jeher beliebt, insbesondere die bunten malarischen des fernen Ostens. Die indischen Hüme haben die Lust an indischen Trachten roge gemacht, man sieht Jastre und Maharadschas und Haremsdamen, aber es ist bei dieser Kostümierung meist nicht alles in Ordnung. Bei einer richtigen echten Maske muß alles stimmen, von der Kopfbedeckung

bis zum Stiefel hinab. Die Revuen geben viel Anregung zu Phantastikostümen, so die „Allergirls“, die eigentlich die billigste Maske bedeuten. Nur ein Enakostüm ist keine Kostümierung mehr. Pierrot und Pierrette üben ihre alte Anziehungswelle, auch der bequeme „Domino“ wird viel verlangt, dagegen ist der Clown nicht mehr modern. Der „Bumme August“ kommt dagegen wieder in Mode. Man sieht, das Publikum versteht zu manieren. Kreuzmörträuel und Schachkostüme fehlen auf keinem Ball, ihre Lösungen sollen aber nicht so schwierig sein wie etwa das Kostüm der Jungfrau von Orleans, das ein sorgfamer Ehemann vorher noch sicher verleiht. Kostüme, die immer wiederkehren, sind der Troubadour, das ist der Liebesritter mit den Buffarmen und der Laute im Arm, der Epoche, der Cowboy, die Spanierin, Aguarin um. Die vielen Schänge von Franken und Wollbüchern sind verschwunden, man trägt sich jetzt einfacher und hygienischer. Reist wird der Sinn, den die Maske vorstellen soll, nur angedeutet, das andere besorgen die bunten und schönen Stoffe, die die Industrie in so großer Reichhaltigkeit liefert. Eine reizende Allongeperücke aus selbstigem Glashaar wurde herausgebracht, der Preis beträgt 6 M. Manche Kostüme sind kleine Kunstwerke an Schneiderlei, sie sind dementsprechend auch beim Verleihen teuer. Die Vorfälle zwischen den Berliner Zimmergefallen und dem Verein „Amertreu“ haben die Zimmermannskunst begehrt gemacht. Wen interessiert noch ein Grenadier in seiner bunten Uniform oder die blaue Schuttmannuniform oder gar ein Hermelinmantel mit falscher Krone? Die einfache und trotzdem bunte und schöne Maske spricht mehr an.

Was geschieht mit den unmodern gewordenen Kostümen, die für den Maskenverleiher einen ganz beträchtlichen Wert respektieren? Nun, diese verleiht oder verkauft er an kleine Geschäfte in der Provinz. Der Gedanke ist mehr als grotesk, wenn man erfährt, daß da sinnige Unternehmer mit einem Handwagen auf den Dörfern umher ziehen und ihre Kostüme ausleihen. Diese Zauberkünstler bringen es fertig, so ein stilles Dorf mit ihrem Kram für eine Nacht auf den Kopf zu stellen. Es gehört schon Optimismus dazu, in diesem Parrrausen eine „tiefer Bedeutung“ zu finden. Man steigt mit etwas verwirrtem Gefühl wieder die Treppe hinauf zu den Klarranlagen des Pessimismus.

Feuerwehrauto verunglückt.

An der Kreuzung der Flughafen- und Hermannstraße in Neukölln stieg gestern nachmittags ein mit vier Feuerwehrlauten besetzter Gerätemagen, der zu einem Brand ausrücken wollte, mit einem Straßenbahnwagen der Linie 28 in voller Fahrt zusammen. Das Feuerwehrauto wurde völlig zerstört und die Besatzung auf den Fahrdamm geschleudert. Der Oberfeuerwehmann Wildner mußte mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. Drei weitere Verletzte konnten nach Behandlung auf der nächsten Rettungsstelle wieder in ihre Wohnungen entlassen werden.

In der Bomberger Straße in Bismarcksdorf geriet gestern abend um 18 Uhr der Dachstuhl eines Vorderhauses in Brand. Die Feuerwehr war mehrere Stunden mit den Lösch- und Aufräumungsarbeiten an der Brandstelle beschäftigt.

Gefälschte Hypothekenscheine.

Zwei Berliner Fälscher ermittelt und festgenommen.

Groß angelegten Schwindereien mit gefälschten Wertpapieren ist die Dienststelle F. 7 der Kriminalpolizei auf die Spur gekommen.

Zwei Mann hat sie vorläufig festgenommen, einen 37 Jahre alten Willy Brumleit und einen 34 Jahre alten Harry Gumbinski, die sich beide Kaufleute nennen. Nach mehreren Anzeigen, die die Kriminalpolizei erhielt, gab die beiden Hypothekenscheine aus, deren Prägestempel ohne Zweifel mit Absicht undeutlich hergestellt worden sind. Wenn man genauer zusieht, so lauten die Stempel „Gurau, Bezirk Breslau“. Oberflächlich betrachtet, kann man aber auch „Amtsgericht Mitte“ lesen. Drei Stück der Fälschungen sind der Kriminalpolizei bisher in die Hände gefallen. Sie lauten über 13 000 Mark, 25 000 Mark und 40 000 Mark und sind diesen Summen entsprechend beliehen worden. Die Hypothekenscheine sind auf Berliner Grundstücke ausgeschrieben worden. Wie sich die Schwindler die Unterlagen für die Briefe verschafft haben, weiß man noch nicht. Bei dem Notar, der die erforderlichen Urkunden ausstellte, traten die beiden Schwindler mit verteilten Rollen auf. Einen vierten Brief, wieder über 40 000 M., hielten die Betrüger schon wieder bereit, es gelang ihnen aber nicht mehr, ihn zu verwerten. Gestern wurden sie in ihren Wohnungen in Charlottenburg ermittelt und festgenommen. Beide sind früher Bankbeamte gewesen. Sie hatten auch noch die Absicht, Pfandbriefe einer Stadtbank auszugeben. Daran sind sie aber jetzt verhindert worden. Wo sie sich die Platten zu diesen Fälschungen verschafft und in welcher Druckerlei sie die Pfandbriefe herstellen ließen, bedarf noch weiterer Untersuchung. Auch die Herkunft der Hypothekenscheineformulare ist noch nicht festgestellt. Mitteilungen zur weiteren Aufklärung nimmt die Dienststelle F. 7 in der Georgenkirchstraße 30a entgegen. Die Verhafteten sind zum Teil getäugelt, zum Teil leugnen sie noch, was ihnen zur Last gelegt wird.

Zuntversuchsfahrt des Zeppelin.

Behördenvertreter als Teilnehmer der Orientfahrt.

Das Luftschiff „Groß Zeppelin“ ist am gestrigen Freitag nachmittags um 2.15 Uhr unter Führung des Kapitäns Lehmann mit Vertretern der DVL, und der Werksleitung an Bord zu einer neuen Versuchsfahrt aufgefliegen.

Bis zur letzten Minute war der Start zweifelhaft, da das Wetter zunächst wenig günstig war, doch klarte sich das Wetter um 2 Uhr schließlich auf, so daß der Aufstieg glatt vonstatten gehen konnte. Die Fahrt, die lediglich über das Bodenseegebiet mit kleinen Absteckern nach Ravensburg und anderen Städten in der Nähe des Sees führte, galt in erster Linie der Erprobung des von der „Debeg“ neuerdings neben dem Langwellensender eingebauten Kurzwellensenders. Außerdem nahmen die an Bord befindlichen Vertreter der Versuchsanstalt für Luftfahrt wieder ihre Messungen und Beobachtungen in Verfolg des von der DVL aufgestellten Versuchsprogramms vor. Der Kurzwellensender wurde auf eine Anzahl von Wellen abgestimmt, doch konnte wegen der Kürze der Fahrt das Programm nicht ganz zu Ende geführt werden. Auf jeden Fall zeigte es sich aber, daß das Kurzwellengerät gut funktioniert und gute Verständigungsmöglichkeiten zwischen dem Schiff und der Erdstation ergab. Nach etwa zweistündiger Fahrt erfolgte um 4.15 Uhr die glatte Landung des Luftschiffes. Der nächste Aufstieg, bei dem die gestrigen Versuche zu Ende geführt werden sollen, ist für den kommenden Montag geplant.

An der Ägypten-Palästinafahrt des „Groß Zeppelin“, die am 25. Februar angetreten werden soll, werden eine ganze Reihe von Vertretern der Reichsbehörden teilnehmen, doch sieht die endgültige Besetzung noch nicht fest. Vor der Orientfahrt wird das Luftschiff noch eine Reihe kleinerer Versuchsfahrten unternehmen.

Der Aufruhr des schiefen Calm

Roman einer Revolution. Von Gerhart Heermann Mostac

Wiederum bejahte Calm wortlos. „Un nu wollte ich Se man fraen, Harr Calm,“ sagte Kniephacke mühsam und blieb stehen, „weil Se doch so nich so fin — floowen Se, daß mer, trotz die Beitr un das Verede un das allens — daß mer so'n Mädchen heiraten kann?“ „Wenn Se das iär'n,“ erwiderte Calm einfach, „da steck mehr Revolution drin als in das, was ich jemacht hawwe heite.“ Seine Augen brannten aus dem Dunkel. „Da steck eejentlich drin die richtige Revolution. Die — menschliche, Harr Kniephacke. Nich in Parlament un freie Reeenung.“ „Denn will ichs man tun,“ sagte Kniephacke ebenso einfach und verabschiedete sich. Indessen lief der Wokot Dehke händeringend in den Straßen umher. Etwas Unheimliches geschah. In jeder Straße waren ein paar Häuser, darin wurden die Lichten gelöscht. Bei Calm hatte es angefangen, dann war Kniephacke leuchtendes Foh verschwunden, und von da ab ging es unaufhaltbar weiter. Wie dunkle Wolken stecden diese Häuser den flackernden Himmel der Illumination, immer mehr und mehr. Fast nur die großen Häuser der Wohlhabenden und der Beamten leuchteten noch. Es war wie eine Verchwörung der Dunkeln, der Kleinen, der Unteren. . . Und um zehn Uhr sollte der Herzog durch die Stadt fahren, die flammende Einheit der Dichter bewundern, die Huldigungen entgegennehmen. Dehke traf den Wachtmeister Kühne. Der lief ebenfalls durch alle Straßen und notierte in sein Buch die Namen aller derer, die nicht mehr illuminierten. „Wozu das?“ fragte Dehke verzweifelt. „Man kann sie doch leidet nicht bestrafen.“ Der Wachtmeister schlug auf sein Notizbuch. „Jedenfalls habe ich sie. Man kann nie wissen, was noch kommt.“ Dehke schüttelte in ratloser Verzweiflung den Kopf. „Und alles wegen dieser Bande aus der Judetsfabrik!“

Die Böcher im Licht starrten ihn dunkel an. Er suchte sich zu trösten, es waren noch immer nur die kleinen Häuser, die dunkel waren. Aber zusammen — zusammen war von diesem Gewölk mehr da als von den Sternen der Reichen . . .

7. Heißer Tag.

Seit seiner Eröffnung hatte der konstituierende Landtag des Herzogtums Anhalt-Bernburg beinahe täglich eine Sitzung abgehalten. Auch heute, an diesem brütend heißen Augusttage, war eine solche angesetzt. Noch dazu für die Stunde der drückendsten Hitze: nachmittags zwei Uhr. Das Regierungsgebäude am Markt, worin dem Landtag ein Saal eingeräumt worden war, hatte von allen umliegenden Häusern die größten Fenster. Die Wärme strahlte dort am ungehindertesten ein; auch den bescheidensten Luftzug, der mit hätte hineinwehen können, gab es heute nicht. Und die Sonne lag gerade auf den Fenstern des Sitzungssaales und seines Vorzimmers. In diesem Vorzimmer sah heute der Schreiber des Justizministers von Braun, der für die Zeit der Erkrankung des Ministers seinem Vertreter Trosegt unterstand und seither aus dem Bewundern über des neuen Vorgesetzten energisches Eingreifen in alle schwebenden Prozesse nicht herauskam: niemand wußte doch so recht, wo sich Trosegt seine juristische Bildung geholt hatte; aber wem Gott oder, wie man muntelte, die Herzogin ein Amt gab, dem gab er oder sie eben auch den Verstand. Heute stand dem Schreiber jedoch lediglich der Hitze wegen der Schweiß in diesen Tropfen im Gesicht; es sah aus, als hätte die magere, farblose Wasseruppe seiner Haut plötzlich Fetttropfen bekommen. Er kämpfte mit sich einen furchtbaren Kampf: sollte er reglementarisch und respektwidrigerweise die Beste aufknöpfen oder nicht? Er lautete zur Flügeltür: das leise Stimmengewirr hinter ihr war in eine geordnete Folge einzeln hallender Stimmen übergegangen; die Sitzung hatte also begonnen; Trosegt würde kaum herauskommen jetzt — der Schreiber schickte noch einen Unterstüzung heischenden Blick zu dem gemiß ebenfalls schweißenden Subalternbeamten im Himmel und knöpfte auf. Da ging, verdammt noch mal, auch schon die Tür! Der Schreiber hielt die zitternde Hand über die Beste. — Aber es war nur der eine der beiden Parlamentaristenstenographen. „Die Sitzung schon zu Ende?“ fragte der Ueberroste erschreckt. „Gott behüte!“ Der Stenograph zog sich ächzend die Jacke aus. „Mein Kollege und ich haben sich nur entschlossen,

heute abwechselnd zu schreiben. Sonst könnte man's nicht aushalten.“ Die noch zitternde Hand sank erlöst von der Beste. „Und gerade heute muß ich hier sitzen!“ „Warum eigentlich?“ fragte nebenher der Stenograph. „Trosegt könnte plötzlich abgerufen werden ins Schloß. Kersten ist heute nicht da. Also muß ich für Crosgits eventuelle Abwesenheit den Regierungsberichterstatter machen.“ Auf den Stenographen schienen diese stolzen Worte keinen Eindruck zu machen. „Abgerufen könnte er werden? Geht auf dem Schloß was vor?“ Der Schreiber zuckte vlesigend die Achseln mit der Wichtigtuerei von Menschen, die in Wirklichkeit nichts wissen. „Daß die da drin aber auch selbst bei der Hitze tagen müssen!“ klagte er. „Strengen sich ja nicht an!“ grinste der Stenograph. „Dreißig Sitzungen haben sie bis dato abgehalten. Die ersten fünf haben sie darüber gestritten, ob die Abgeordneten mit dem Gesicht zum Publikum sitzen sollten oder mit dem Arsch. Schließlich ist alles beim Alten geblieben: beim lehteren. Weitere fünfzehn Sitzungen haben sie gebraucht, um sich eine vorläufige Geschäftsordnung zu geben. Die letzten vier gingen über der Frage auf, ob ein konstituierender Landtag auch für Petitionen aus der Bürgerschaft kompetent ist oder nur für die Beratung der Verfassung. Gestern haben sie begonnen, über die Präambel der Verfassung zu klöhnen.“ Der Schreiber lachte und hielt sich dann, vor sich selber erschrocken, den Mund zu. „Lachen Sie ruhig!“ sagte der Stenograph. „Die ganze Stadt lacht!“ „Die Regierung auch!“ ergänzte der Schreiber mit der Vertrauensseligkeit des Subalternen gegenüber dem Kollegen. „Kann sie auch. Der Vorsitzende Dehke, der Formalhengst, sorgt ja aufs beste dafür, das alles verschleppt wird.“ „D.“ erklärte der andere bedeutsam, „wir von der Regierung halten Herrn Dehke für einen sehr tüchtigen Mann.“ „Das Volk aber — hören Sie bloß!“ unterbrach sich der Stenograph und lautete zur Tür, hinter der seit einer ganzen Weile schon dieselbe weiche und doch durchdringende Stimme sprach. „Ich glaube, da redet wahrhaftig der Herr von Bloß! In den dreißig bisherigen Sitzungen hat er noch kaum einen Satz gesagt!“ „Und gerade bei der Hitze fängt er an!“ kopfschüttelte der Schreiber. (Fortsetzung folgt.)

Raubüberfall im Laden.

Verkäuferin niedergeschlagen und gefesselt.

Ein schwerer Raubüberfall beschäftigt wieder die Berliner Kriminalpolizei. In der Filiale der Vereinigten Pommerschen Meiereien in der Bilmersdorfer Str. 107 sind zwei Verkäuferinnen angefallen. Sie wohnen und schlafen in einem Raum hinter dem Laden.

Gestern abend mochte nach Schluß des Geschäfts die erste Verkäuferin einen Besuch. Die zweite, eine 21 Jahre alte Engelhardt, blieb allein zurück. Gegen 8 1/2 Uhr hörte sie, daß man geschloffen wurde, sie glaubte, daß ihre Kollegin etwas bezogen habe und noch einmal zurückgekehrt sei. Als die Verkäuferin aber aufschah, fanden zwei junge Burschen vor ihr, von denen einer sie mit der Pistole bedrohte. Der andere packte sie an der Kehle, so daß sie nicht um Hilfe rufen konnte und stapfte ihr einen Knebel in den Mund. Mit dem Streifen eines Bettlakens, das sie zerrissen, fesselten sie dem Mädchen Hände und Füße. Mit dem Schlüssel, den sie in dem Raum fanden, schloffen sie den Wandschrank und den Tresor auf und verschwand mit dem Ledersackinhalt von etwa 450 M. Nachdem die Verkäuferin eine ganze Zeitlang opathisch dagelegen hatte, befreite sie sich nach und nach von der Fesselung und dem Knebel. Durch den Fernsprecher rief sie die Zentrale des Betriebes an, die einen Inspektor entsandte. Dieser benachrichtigte die Kriminalpolizei, von den Räubern war aber keine Spur mehr zu finden. Das Mädchen hat Male am Halse, die vom Bürgen herzurühren scheinen. Im Hause hat man den ganzen Vorgang niemand etwas gehört. Das Kammerdiener der Kriminalpolizei hat heute morgen mehrere Beamte entsandt, um den Überfall weiter zu klären. Das Mädchen befindet sich in ärztlicher Behandlung.

Keine Spur von den Tresorraubern.

Trotz aller Bemühungen ist es der Berliner Kriminalpolizei noch immer nicht gelungen, auch nur die geringste Spur von den Bankräubern, die den Tresor der Depositenkasse der Disconto-Gesellschaft in der Kleiststraße plünderten, zu entdecken.

Beim Sonderdezernat der Kriminalpolizei sind inzwischen zahlreiche Verhöre, Bohrerungen und Zeugenvernehmungen gemacht worden. Einige Auslagen, die zuerst von Bedeutung erschienen, haben sich später als völlig haltlos herausgestellt. So lief gestern unter anderem auch eine Justizmeldung der Budapest Polizei in Berlin ein, wonach dort eine Kolonne von Gedächtnis-Inadern, die mit den modernsten Werkzeugen ausgerüstet waren, verhaftet worden sei. Man vermutete zunächst, daß die Verhafteten auch an dem Tresorraub in Berlin beteiligt gewesen seien. Wie die Ermittlungen aber inzwischen ergeben haben, kommen die in Budapest verhafteten Verbrecher für den Berliner Bankraub nicht in Frage, da inzwischen einwandfrei festgestellt werden konnte, daß sie sich während der Zeit in Budapest befunden haben. Unter verschiedenen anderen Nachrichten wird heute auch aus Kuffig berichtet, daß ein Weidenwälder nach der Abfahrt des 16-Jährigen vertriebenen Drafachen und Tresorblanckts gefunden habe, die den Aufbruch „Dresdener Bank, Dresden“ trugen. Ob dieser Fund aber mit der Berliner Affäre in einem Zusammenhang steht, erscheint noch sehr fraglich. Die Kriminalpolizei ist noch täglich mit weiteren Zeugenvernehmungen im Präsidium beschäftigt, die sich noch über mehrere Tage erstrecken werden.

Unter den vielen Meldungen, die über den Bankraub aus dem Publikum dem Sonderdezernat zugegangen sind, konnten einige einen Verdacht auf die Pförtnerleute des Hauses Kleiststr. 107 herbei erhaltene Beschuldigungen haben sich als vollkommen falsch erweisen.

Der Nachtdienst der Apotheken.

Die andauernde Grippewelle hat, ebenso wie bei den Ärzten, zu einer erhöhten Inanspruchnahme der Apotheken geführt. Es ist den Apotheken, deren Personal nießlich selbst von der Grippe befallen ist, aber gelungen, die Arzneiverforgung der Bevölkerung sicherzustellen. Beschwerden haben sich, wie uns der Deutsche Apothekerverein schreibt, zuweilen während der Nachtzeit ergeben, in der auf behördliche Anordnung ein Teil der Apotheken geschlossen ist und infolgedessen das Aufsuchen der nächsten Apotheke einige Zeit beansprucht. Zur Aufklärung sei folgendes mitgeteilt: Wo Kranke in einer Familie sind, ertündigt man sich schon zweckmäßig am Tage in der Apotheke seines Bezirks, welche nächste Apotheke den Nachtdienst versteht. Von je vier Berliner Apotheken ist eine stets dienstbereit. Dieser abwechselnde Dienst der Apotheken ist eingeführt, um den angestellten Apothekern nach dem anstrengenden, verantwortungsvollen Tagesdienst Ruhe zu gönnen und die Sicherheit der Arzneiverforgung durch überarbeitetes Personal nicht zu gefährden. Wenn man des Nachts ein Rezept zur Apotheke bringt und auf die Anfertigung vor der Apotheke einige Minuten warten muß, so werde man deshalb nicht ungeduldig. Da sich des Nachts nur ein Apotheker in der Apotheke befindet und wiederholt Raubüberfälle auf Apotheken während des Nachtdienstes vorgekommen sind, läßt es sich leider nicht mehr durchführen, die Patienten während der Nacht in die Apotheke zu lassen; ganz abgesehen davon, daß das jedesmalige umständliche Öffnen und Schließen der Apotheke in der Nacht zu viel Zeit beansprucht und die schnelle Anfertigung der Arznei etwas längere Zeit beansprucht, wird der Apotheker stets darauf hinweisen, so daß der Lebensbringer des Rezeptes solange nach Hause oder in irgendein Lokal gehen kann. Bei Beachtung dieser Hinweise und etwas Rücksichtnahme auf die aufreibende verantwortungsvolle Arbeit des Apothekers wird sich die Arzneiverforgung der Bevölkerung durch die Apotheke auch weiterhin reibungslos abwickeln lassen.

Wintergarten.

Das Innenleben ist oft das Schönste. Der neue Wintergarten-Star auf vier Wänden, Allan Bethel, ist erkrankt und statt seiner springt eine Deutsche in die Wade, die Turnierreiterin Lydia Walterstein. Es war ein unvergleichlicher Genuss, mitten in dem beim Variété üblichen quirlenden bunten Lurcheinander diese sehr elegante Reiterin zu sehen, die mit überlegener Ruhe und roter distanter Betonung Grazie ihre prächtigen Tiere vorführt. Die talblühige, überlegene Ruhe des großen Künstlers zeigen auch die entzückten drei Gönner, erklärte Liebhaber Les Berliner Publikums, die in schwindelnder Höhe einen atemberaubenden Trampolin-Vufflato vom Sprungbrett neu hinzugenommen haben. Dann aber larmt, larmt, larmt, musiziert es an fahrig-schaffigen bunten Durcheinander. Beachtliche Partierreaktion mit vielen neuen Nuancen zeigen die geschmeidigen Mitglieder der Uremo-Japanetruppe. Der japanische Drahtkünstler Magino ist einer jener bewundernswürdigen Artisten, die das letzte Kunststück fertigbekommen, ihr halsbrecherisches Können mit so absoluter Sicherheit auszuführen, daß man im Publikum meint, das da oben spiele sich gar nicht auf dem Draht, sondern auf der letzten Erde ab. In der Keinen Regereue; Wohnehende in

Uferherren auf dem Kriegspfade.

Nach dem Sprichwort: Je mehr er hat, je mehr er will, nie schmeigen seine Klagen still hat der „Schutzverband der Wassergrundstücksbesitzer Deutschlands“ einen ganzen Sack voll Klagen, der Sachbetreiber konnte 100 Fälle aufzählen, die nur den Streit mit dem Fiskus betreffen. Die Wasserstragenverwaltungen, die Bezirksamter, Wasserpolizei, Gerichte usw. sind vollauf mit Beschwerden und Anträgen dieser Herren beschäftigt, und wenn alle Mittel verfliegen, wird der Herr Regierungspräsident persönlich demüht. So war auch ihre Generalversammlung nur mit formaljuristischen Auseinandersetzungen ausgefüllt, und die gewiegtesten Juristen stürzten sich auf den Regierungspräsidenten, der vielleicht in der Absicht gekommen war, den undotmäßigen Saks des Standpunkt klarzumachen. Gegen was sich die Herren auch alles wehren müssen: gegen die Beamten der Wasserpolizei, gegen den Wasserzins, die Steuern, die angeblich die Wassergrundstücksbesitzer zu stark bedrücken, gegen die Freiflächenpolitik der Kommunen, gegen die Fischereiberechtigten und anderes. Dieser Kampf wird scharf und letzten Endes wirksam gegen die Behörden geführt, denn wozu wäre sonst der Reichtum nötig und die Beziehungen zu den gesetzgebenden Gewalten, wenn man ihn nicht für seine Zwecke brauchen dürfte. Der Ruf: „Freie Uferstraßen an den Seen“ erhob sich ungehört an ihrem Ohr, d. h. die Herren sagten: „Wir sind nicht Gegner von Uferwegen, aber wir sehen nicht ein, warum solche ausgerodet an untern Grundstücken angelegt werden sollen und die Schaffung von Uferstraßen ungeheure Verluste an Rationalvermögen mit sich bringen muß, Verluste und Kosten, die in gar keinem Verhältnis zu den zu schaffenden Vorteilen stehen.“ Diese Begründung ist völlig abwegig, denn ein Verlust an Rationalvermögen wird bestimmt nicht eintreten, wenn der Schrei der überfüllten Städte nach dem gleichen Recht an den Seen und an der unberührten Natur sich in einem Enteignungsgesetz Luft schafft, das diese selbstherrlichen Besitzer kostenlos enteignet. Es wird einen harten Kampf setzen, durch Prozesse wird ihn die Allgemeinheit bestimmt nicht gewinnen. Darum möge sich der Magistrat Berlin bereits jetzt schon warmen lassen.

Strandebahn Wannsee.

Berliner Zeitungen brachten Klagen über angeblich zu Unrecht erhobene Eintrittsgelder für das Betreten der Eisfläche des Großen Wannsees. Zur Klärung des Sachverhalts sei nach Mitteilungen, die wir von unternichteter Seite erhalten, folgendes festgestellt.

Ueber den Großen Wannsee mit seiner gesamten Eisfläche gebietet das Staatliche Wasserbauamt in Potsdam.

Es hätte die Eisflächen an Unternehmer verpachtet und erziele daraus ganz erhebliche Einnahmen. Das Wasserbauamt verlangte für jeden Eislag 30 M. resp. 75 M. Das Strandbad Wannsee wurde zur Uebernahme des Vertrages gezwungen, weil es seine eigenen Anlagen im Winter nur dem Zutritt unbefugter Personen schützen wollte. Es hat auf dem Babeltrande mit großen Kosten eine nassig gefahrlose und gut Eisbahn angelegt. Diese Eisbahn wollte es nach der Seite erweitern, um dem Berliner Winterport auf dem Wannsee eine Heimstätte zu schaffen. Außerdem mußten, da das Strandbad an ungesicherten See ganz ungeschützt ist, gewisse Abgrenzungen geschaffen werden. Um das tun zu können, mußte das Strandbad den Vertrag übernehmen. Das Strandbad Wannsee hat nun diesen Pachtvertrag an einen Unternehmer weitergegeben. Er hat dabei ganz erhebliche Pflichten auf sich nehmen müssen. Seine Aufgabe ist die ganze Sicherung und Abdeckung des Wannsees, was für ihn mit sehr erheblichen Kosten verbunden ist. Außerdem legt der Pächter Eisbahnen an. Es ist ein Irrtum, daß es auf dem Großen Wannsee keine Eisbahnen gäbe. Gerade bei dem letzten Schneefall hat sich gezeigt, daß nur bei Anlegung von Bahnen der Wannsee überhaupt passierbar ist. Für die Benutzung dieser Bahnen darf der Pächter laut Vertrag ein Eintrittsgeld erheben. Es war in früheren Jahren bedeutend höher und wurde sofort bei Uebernahme des Vertrages durch die Strandbad Wannsee G. m. b. H. bedeutend herabgesetzt.

Die in den Zeitungen unternommenen Vorwürfe gehen in der Hauptsache von Mitgliedern der am Wannsee in großer Zahl vorhandenen feudalen Seglerklubs aus, die durch Beiraten der angelegten Eisbahnen und der übrigen Eisfläche das gehende und schützende Publikaum sehr gefährden. Es sind das dieselben Kreise, die den Wunsch haben, alleinige Beherrscher des Sees und der Eisfläche zu sein. Festgestellt sei noch einmal: wenn freies Betreten der Eisfläche des Großen Wannsees gewährt wird, so müßten die Kosten der notwendigen Sicherungsmaßnahmen von der öffentlichen Hand getragen werden. Vor allen Dingen müßte dann das Staatliche Wasserbauamt dazu angehalten werden, diese Sicherungen von sich aus und auf eigene Kosten auszuführen und sich nicht einem mühseligen Verdienst durch solche Beträge sichern. Schuld ist nicht das Strandbad Wannsee, das für sich allein gar kein Interesse an der Eisfläche des Wannsees hat, sondern das Staatliche Wasserbauamt in Potsdam mit seinen rigorosen Pachtverträgen.

Lichtbildervorträge über Naturstudie. Am Donnerstag, dem 14. Februar, abends 8 Uhr, spricht im Vortragsaal des Raritätenkabinetts, Wallstr. 52/54, der Berliner Kommisar für Naturdenkmalpflege, Herr Dr. Hitzheimer, über „Berliner Naturstudiegebiete“. Bei der Wichtigkeit, die für jeden Berliner die Erhaltung seiner Wälder hat, dürfte der Vortrag wohl von allgemeinem Interesse sein. (Eintrittspreis 25 Pf.)

Bluttaten in der polnischen Armee.

Schauplatz ist Bromberg.

In der Garnison der ehemals deutschen, heute polnischen Stadt Bromberg haben sich dieser Tage zwei schwere Bluttaten abgespielt. In der Kaserne einer Automobilmotorenabteilung gerieten zwei Feldwebel infolge Eifersucht in einen Streit, in den sich auch die Familien mischten. Als der eine Feldwebel einen Revolver zog und seinen Gegner niederstieß, warf sich dessen Frau zwischen die Streikenden. Sie wurde von drei Schüssen niedergestrichen und nicht lebensgefährlich verletzt. Inzwischen hatte der angegriffene Feldwebel gleichfalls einen Revolver geholt und sechs Schüsse auf den Kameraden abgegeben. Dieser wurde von fünf Kugeln getroffen und erlag seinen Verletzungen.

Die zweite Tragödie spielte sich gleichfalls in Bromberg in der Privatwohnung des Hauptmannes Lehmann vom 62. Infanterieregiment ab. Dort strackte der Hauptmann einen Unteroffizier, der sich vom Regiment entfernt hatte und wieder ergriffen worden war, durch drei Schüsse nieder und brachte sich dann selbst einen Schuß in den Kopf bei; er dürfte kaum mit dem Leben davonkommen. Der getöte Unteroffizier war der einzige Sohn einer Witwe.

Achtung, die Ausgeschlossenen auf Bauernfang. Ein günstiger Wind weht uns ein Rundschreiben der ausgeschlossenen Turner zu. Die Ausgeschlossenen verschieben an die bundesfreien Vereine ein Rundschreiben, in dem aufgefordert wird, zum heutigen Sonnabend zu einer Partizipationskonferenz zu erscheinen. Es ist selbstverständlich, daß unsere bundesfreien Vereine diese Konferenz meiden.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einzelangaben für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat 2, Post 2 Trop. erbeten, zu richten.

- 7. Kreis Charlottenburg und Spandau. Juristische Erwerbsrunde heute, Sonnabend, 17-18 Uhr, im Jugendheim Köpenicker Str. 4, Gelegenheit zum Kirchenbesuch.
- 14. Kreis Reinick. Am Dienstag, 19. Februar, Anbel der „Lustige Abend“ (Vortrag: „Was ist das in den Volksgeschichten“). Eintritt 40 Pf. Die Redner können die Karten im Parteibüreau erhalten.
- 18. Kreis Wedding. Sonntag, 10. Februar, Befestigung des Kraftwerkes Ringenberg. Treffpunkt für Weisensee 9 1/2 Uhr Ringbahnhalte Weisensee, für Hohenschönhausen 10 Uhr Bahnhof Stralau-Rummelsburg.

Heute, Sonnabend, 9. Februar:

- 13. WM. „Unser Weg“ kann dem Genossen Krefft, Wallstr. 13, abgeholt werden.
- 111. WM. Rehnshof, 19 Uhr bei Heimann, Bilmersdorfer Str. 100, Vorstandsbefragung.

Morgen, Sonntag, 10. Februar:

- 2. WM. Die Kindertrunde, Kreis Mitte, veranstaltet von 16-18 Uhr in der Kulturabteilung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Linienstr. 197 (Zins), einen **Altennachmittag**. Karten sind nach bei der Genossin Pöschel, Rüdigerstr. 18, zum Preise von 40 Pf. für Erwachsene, für Kinder 30 Pf. zu haben.
- 27. WM. 9 Uhr wichtige Funktionärskonferenz bei Rittmeister, Obeliskstr. 60, Petersburger Straße. Gewerkschafts- und Parteibüreau ist vorzusagen.

Arbeitsgemeinschaft der Kindertrunde.

Kreis Mitte. Am 10. Februar findet unter Mitwirkung des Kulturzentrums des Metallarbeiterverbandes hier und hierauf alle Parteimitglieder eingeladen. Karten sind bei den Parteilätern am Ring zu haben. Es laufen die Filme: „Die Politische Weltanschauung“, „Bei den Erzählmaschinen“, und der neue „Die Politik der Weltanschauung“. Die Vorstellungen beginnen um 16 und 18 Uhr. Am Sonntag, 11. Februar, 10 Uhr, findet im Heim der Arbeitertrunde unter Generalverwaltung statt, zu der alle Helfer zu erscheinen haben. Tagesordnung: Rechnung.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

- 6. WM. Unter alter, bewährter Genossin Richard Föhrer, Grünauer Str. 7, Mitglied seit 1906, ist verstorben. Ihre feierlichen Beerdigung findet am 11. Februar, 1915 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg.
- 18. WM. Unter Genossin Dr. Julius Semmel, Oranienstr. 47a, ist am Sonntag, 2. Februar, verstorben. Ihre feierlichen Beerdigung findet am 6. Februar.



Bruno Schönknecht beginnt einen Zyklus „Die Arbeit in der Dichtung seit hundert Jahren“. Es ist eine sehr interessante Untersuchung, besonders weil Schönknecht hier einleitend die Romantik, die Dichtung von der mondbelegenen Zauberwelt unter einem neuen Gesichtspunkt behandelt. Und er kommt zu dem Resultat, daß selbst die ästhetisierenden Romantiker, sonst in der Vergangenheit leben, auch Sinn für die Bestimmung der Alltagsarbeit hatten. Der Vortrag geht über den Rahmen des literarischen hinaus, denn Schönknecht zieht auch das Allgemeine Kulturrelle in seine Betrachtungen ein und gibt dadurch seinen Ausführungen ein sicheres Fundament. Das ist in diesem ersten Vortrag wichtig da gerade hier die Entwicklungsstufen aufgezeigt werden müssen, die später zur Entfaltung gelangen. — Außerdem zwei instruktive Vorträge. R. P. Frank weist in seinem Vortrag „Jugendnot und Elternsorge“ auf die Schwierigkeit moderner Kindererziehung hin und als Erleichterung für die Eltern auf die beratende Tätigkeit der Jugendämter und auf ihre bisherigen Erfolge. Das Referat des Jenseitigen Schulrektors Koch über „Jugendberater in technischen Berufen“ kann gewissermaßen als Fortsetzung des angeführten Themas angesehen werden. Die Aussichten für das Unterrichten in technischen Berufen sind noch nicht schlecht und werden sich in den nächsten Jahren noch bessern, weil sich dann der Geburtenrückgang der Kriegsjahre auswirken wird. Der Abend gehört dem Komponisten Max Regert. Der Königsberger Generalmusikdirektor Hermann Scherchen, musikalischer Organisator des dortigen Kundentums, leitete das Konzert groß im Format, fast antichristlich im Ausdruck und mit dem Willen, auch hier beim besänftigten Regier das kämpferisch-dramatisch-poetische Element herauszuarbeiten.

Hilfe den Erwerbslosen!

Erfüllung der Reichstagsbeschlüsse gesichert. — Abermals Tribünenradau.

Der Reichstag setzte gestern die erste Beratung des Arbeitsschutzgesetzes fort.

Ein Antrag der Sozialdemokraten will die Reichsregierung ersuchen, baldigst folgende Entwürfe zu unterbreiten: Arbeitsschutzgesetz einschließlich des Bergarbeiterschutzes, Seemannsordnung und Einbeziehung der seemannischen Arbeiter in die Arbeitsschutzgesetz, Berufsausbildungsgesetz, Hausgehilfengesetz, Tarifvertragsgesetz und Arbeitsvertragsgesetz.

Weitere Anträge zum Arbeitsschutzgesetz haben fast alle Parteien eingebracht.

Abg. Rödel (Komm.): Der vorliegende Entwurf des sozialdemokratischen Arbeitsministers ist noch viel schlechter als der Entwurf der früheren Bürgerblockregierung, den der ADGB als einen Höhepunkt auf dem Achtstundentag bezeichnet hat. Arbeitsminister Wiffell ist hier als ein Anwalt des Unternehmertums gegen die Arbeiter aufgetreten. Die Schutzbestimmungen des Gesetzes sind ganz unzureichend. Das Washingtoner Abkommen ist nur ein Beruhigungsmittel für die internationale Arbeiterschaft ohne großen Wert.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.): Die Vorlage ist ein bedeutender Fortschritt. Bei dem Versuch, eine einheitliche Arbeitsaufsicht zu erreichen, bleibt der Gesetzentwurf auf halbem Wege stehen. Es sind sehr viele Ausnahmen vom Achtstundentag gemacht worden. Der Schutz der Jugendlichen muß verbessert werden.

Abg. Beyer-Dresden (Wirtschp.): hält eine lange Rede gegen jede Erweiterung des Arbeitsschutzes und gegen jede Verkürzung der Arbeitszeit.

Abg. Schwarzer (Bayer. Vp.): Das beste Gesetz ist der frei vereinbarte Tarifvertrag. Die Vorlage ist unzulänglich, weitere Arbeitsschutzgesetze sind nötig. Kein Arbeiter darf ohne gesetzlichen Arbeiterschutz sein. Die Landarbeiterschaft ist viel zu sehr der Gefahr der besseren Fürsorge für die Industriearbeiter.

Abg. Stöhr (Natioz.): Der wuchtigen Kritik des Abg. Grafmann an dieser Vorlage haben wir nichts hinzuzusetzen, denn er auch durch die Gewißheit zu mildem Ton gezwungen wurde, daß im Ausschuss nicht viel daran verbessert werden wird; auch dadurch, daß es ja eine Vorlage der Regierung seiner Partei ist. Die Ausnahmen zugunsten der Zeitungsdrucker, der Bankräuber und Börsenspekulanten paßt zu dieser Weltrepublik. (Heilrufe der Nationalsozialisten.)

Abg. Jäder (Soz.):

Grafmann hat schon gesagt, daß uns die Vorlage schwer enttäuscht. Sie behandelt die Landarbeiter durch ihre Herausnahme als Arbeiter 2. Klasse. Fast in allen sozialen Gesetzen sind die Landarbeiter durch Sonderregelungen ausgenommen oder wesentlich schlechter gestellt. Das Mißtrauen der Landarbeiter gegen eine Sonderregelung ihres Arbeitsschutzes ist daher nur zu sehr berechtigt. Jetzt können noch Kinder vom 12. Jahre an in der Landwirtschaft an Maschinen beschäftigt werden — wie viele Kluderknappen, die anlagend dastehen,

und dieser „Freiheit“ zu verdanken! (Sehr richtig! links.) Der Kreisinspektor in Bartenstein, Ostpreußen, berichtet, daß viele Kinder 20 bis 30 Proz. ihrer Schulzeit veräußen müssen, um zu arbeiten. Gutsbesitzer drohen Lehrern mit Entziehung von Wohnung und anderen Bezügen, wenn sie die Kinder nicht bereitwillig zur Arbeit beurlauben. Frauen arbeiten bis zur Niederkunft, und mir sind Fälle bekannt, wo Totgeburt die Folge solcher langen Arbeit — schwere Steine tragen — war. Sind diese Gefahren so gering, daß sie eines besonderen Schutzes nicht bedürfen? Die Unfälle in der Landarbeit sind seit 1924 um rund 100 Proz., auf 68 000 gestiegen, die Zahl der durch Unfälle Erbsünden sogar um 200 Proz. Und durch die Statistik sind nur die entschädigten Unfälle erfasst.

Die Landarbeiter müssen einen geradezu niederschmetternden Eindruck empfangen, wenn man ihnen die Gleichberechtigung auch im Arbeitsschutz versagt. In drei Jahren sind aus Ostpreußen, Schlesien und Pommern 29 200 Wanderarbeiter abgewandert. Wir fordern die Anstellung von Landinspektoren. Die Welt, wo die Landarbeiter als Arbeiter 2. Klasse behandelt wurden, muß der Vergangenheit angehören. (Lebhafte Beifall der Sozialdemokraten.)

Abg. Tauchen (Dem.): Die Vorlage ist vom Standpunkt des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes aus nicht ohne Bedenken. Die Beschränkung der Arbeitszeit ist kaum erträglich für die Handwerksbetriebe, die unmittelbar mit der Landwirtschaft arbeiten. Die Gärtnereien müssen ebenso wie die Landwirtschaft aus dem Gesetz herausgenommen werden. Von den Nationalsozialisten wird im Reichstag genau das Gegenteil dessen gesagt, was sie draußen den Bauern sagen.

Damit schließt die Debatte, die Vorlage wird dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Das Haus tritt dann in die Beratung der Anträge über die

Erwerbslosenfürsorge

ein.

Abg. Frau Leusch (3.): Wir fragen die Regierung, wie sie den Ausschlußbeschlüssen ausführen will, die Krisenfürsorge auf alle Berufe auszudehnen und sie erheblich zu verlängern. Die große Finanznot der Gemeinden fällt schwer ins Gewicht, ihre Wohlfahrtsausgaben sind auf das Dreifache gestiegen. Der Vorwurf des „Abend“-Berichts aus dem Haushaltsausschuss gegen uns ist unberechtigt. Wir haben, als hier die Ausdehnung der Krisenunterstützung auf alle Berufe von den Sozialdemokraten beantragt wurde, uns bereit gefunden, dafür zu stimmen, denn wir nahmen an, daß die beiden sozialdemokratischen Minister für Finanz und Wirtschaft der größten neben uns in der Regierung vertretene Partei die Unterstützung geben hätten, die Mittel dafür seien da. Das Finanzministerium hat nun zwar gesagt, es gehe, aber die Auswirkung pro Monat nicht dargelegt. Und der Vertreter des Arbeitsministeriums hat die Ausgaben auf 1 Million für den Monat geschätzt. Das sind die — laut „Abend“ — „entsprechenden Erklärungen“. Erst heute im Haushaltsausschuss hat man uns die Kosten auf 6,9 Millionen im Monat, bei nur grundsätzlicher Ausführung auf 2,9 Millionen anzuzeigen.

Wir sind gewillt, sachliche Arbeit zu leisten (Heiterkeit auf allen Seiten.)

Gegen den Antrag der Sozialdemokraten haben aber ihre eigenen Minister Bedenken gehabt. Wir haben uns daher heute im Haushaltsausschuss der Stimme enthalten, denn die Auslegung des sozialdemokratischen Antrages ist zweifelhaft, nämlich ob seine Ausführung 2,9 oder 6,9 Millionen kostet. Wir wollen nicht Versprechungen machen, ehe nicht die Deutung gesichert ist. Darum unsere Fragen an die Reichsregierung.

Abg. Stöhr (Komm.) beantragt Herbeiführung des Finanzministers, damit man Klarheit erlangt, wie „die Regierung“ den Antrag zu sabotieren gedenkt.

Während einer kurzen Debatte darüber nimmt Reichsfinanzminister Dr. Hülferding seinen Platz ein, was einige kindische Kommunisten mit Hänchelstößen begrüßen.

Reichsarbeitsminister Wiffell:

Die Fragen der Abg. Leusch will ich sofort beantworten. Der Vertreter des Arbeitsministeriums hat gestern im Sozialpolitischen Ausschuss den Betrag von 1 Million Mark nicht in bezug auf den hier zur Debatte stehenden Antrag genannt, sondern zu einem anderen Punkt, während für den uns jetzt beschäftigenden Antrag die von ihm genannte höhere Summe gilt. Die Regierung hat, wie ich meine, gestern im Sozialpolitischen Ausschuss und jedenfalls heute im Haushaltsausschuss erklärt, daß sie grundsätzlich bereit ist, die Krisenfürsorge auf alle Berufe auszudehnen und die Bundesarbeitsämter entsprechend zu ermächtigen. Wird die Regierung durch einen Beschluß des Reichstages ersucht, etwas zu tun, dann kann nur gemeint sein, im Rahmen ihrer gesetzlichen Befugnisse. Nun schreibt das Gesetz vor, daß bei andauernd besonders ungünstiger Arbeitsmarktlage die Krisenfürsorge ausgedehnt werden kann. Wird die Regierung darum ersucht, so kann das nur heißen, im Rahmen dieses Gesetzes, und durch ein solches Ersuchen wird die Regierung nicht ermächtigt, das erste im Dezember beschlossene Gesetz über die Sonderregelung der Saison-Arbeitslosigkeit als aufgehoben zu betrachten. Mit dieser Einschränkung ist

die Regierung bereit, dem vorgeschlagenen Ersuchen des Reichstages zu entsprechen.

Wie ich schon vorgestern gesagt habe, erfordert die Arbeitsmarktlage in gewissen Berufen die Ausdehnung der Krisenfürsorge erfreulicherweise noch nicht, so z. B. die Kaliindustrie und auch die chemische Industrie, soweit nicht einige Fabrikbetriebe in Betracht gezogen werden. Die Erweiterung der Krisenfürsorge ist nicht eine Mehrbelastung der Gemeinden, sondern eine Entlastung, denn sie nimmt sehr viele Bedürfnisse aus der Wohlfahrtspflege heraus, deren Kosten die Gemeinden ganz allein zu tragen haben. Die betreffenden

Gemeindeausgaben verringern sich dadurch rund um vier Fünftel.

Zimmerhin gibt es Gemeinden, besonders in den Grenzgebieten, die einer weiteren Entlastung dringend bedürfen; dazu sind die Länder infolge des Finanzausgleichs in der Lage, und ich werde die Länder auf die Notlage der Gemeinden aufmerksam machen und sie um Hilfe bitten. (Beifall links.)

Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.): Die Regierung hat im Ausschuss zu versichern gegeben, daß der sozialdemokratische Antrag angenommen werden solle, sie werde ihn in geringerem Umfang ausführen.

Reichsarbeitsminister Wiffell: Nichts dergleichen hat die Regierung getan, sondern klipp und klar ausgesprochen, daß sie Entschlieungen des Reichstages im Rahmen der Gesetze ausführen wird.

Abg. Aufhäuser (Soz.):

Wenn wir das Vertrauen haben, daß die Entschlieung ausgeführt wird, wie sie hier erläutert worden ist, so kommt das daher, daß diese Regierung frühere Entschlieungen zugunsten der Erwerbslosen bis zum letzten Wort ausgeführt hat. So war es mit der Entschlieung, die Unterstützung auf 30 Wochen auszudehnen. Die Rechte hätte dagegen Widerstand geleistet. Wir wissen, daß die sozialdemokratischen Minister gewillt sein werden, auch diesmal durchzuführen, was sie dem Reichstag zusagen. (Abg. Schulz-Bromberg: Obwohl sie kein Geld haben.)

Auch wenn das Geld knapp ist, so haben unsere Freunde in der Regierung bewiesen, daß es ausreichen muß, um die Not der Erwerbslosen zu lindern.

(Beifall bei den Soz.) Es ist versucht worden, den sozialdemokratischen Antrag, der die Grundlage der ganzen Beratung gebildet hat, in Gegensatz zu bringen zu den Anträgen des Ausschusses. Unser Antrag wollte die Erweiterung auf die übrigen Berufe, die Erweiterung des Personaltages und Verlängerung der Unterstützungsdauer. Wer will behaupten, daß diese Forderungen in der Ausschussvorlage nicht berücksichtigt wären? Ausdehnung auf alle Berufe heißt natürlich Fortführung der Entwicklung, die auch unter dem Arbeitsminister Brauns große Fortschritte aufzuweisen hatte. Die Formulierung „Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle Berufe“ hat dieser Reichstag schon fünfmal angewendet, und jedesmal sind weitere Berufe einbezogen worden. Diese Beschlüsse hatte das Zentrum mit uns gefaßt, und Minister Brauns hatte sie ausgeführt. Es ist doch kein Verrat an der Krisenfürsorge, wenn man durch solche Beschlüsse allmählich zur Erfassung aller Berufe gelangt. Der heutige Reichstagsbeschlus wird ebenso erfolgreich sein wie die früheren. Meine Fraktion würde es ablehnen, eine weitere Ausdehnung der Bergarbeiter zugulassen und auch die der chemischen Industrie erachtet unerträglich. Die Regierung hat im Ausschuss die Einbeziehung der Musiker und anderer Berufe in Aussicht gestellt.

Wir haben keine Ursache, die bisher erreichten Erfolge verkleinern zu lassen, nur weil sich inzwischen die Zusammensetzung der Reichsregierung geändert hat.

(Sehr gut! links.) Natürlich haben wir keinen Anlaß, zu verlangen, daß ein gut beschäftigter Beruf sofort einbezogen wird, es genügt uns die Versicherung der Regierung, daß dies bei einer Verschlechterung der Arbeitsmarktlage geschehen wird.

Zu unserem ersten Antrag, Ausdehnung auf 52 Wochen, hat die Regierung im Ausschuss erklärt, daß sie dies nicht ausführen könnte, auch wenn die Ausschussmehrheit es beschliesse. (Schimpfsrufe der Kommunisten.) Sie können mich nicht beleidigen! (Sehr gut! links.) Wir haben deshalb die Verlängerung auf 52 Wochen zurückgestellt, denn

wir lehnen es ab, den Arbeitslosen durch einen Beschluß vorzuläuschen, daß diese Forderung erfüllt werden könnte.

Wir haben aber Erfolg geschaffen durch den Beschluß, daß zunächst bis zum 4. Mai die Krisenunterstützung für Arbeiter und Angestellte ausgedehnt wird und daß die Ausgesteuerten wieder einbezogen werden. Hätten wir auf unserem ursprünglichen Antrag bestanden, so wäre zwar eine Mehrheit dafür gewesen, aber die Möglichkeit zur Ausführung hätte gefehlt. (Zuruf: Effer (3).)

Sie hätten doch die Umbildung der Mehrheitsverhältnisse so lange zurückstellen können, bis die Wünsche der Erwerbslosen erfüllt sind, Sie haben aber vorher die Regierungsmehrheit geprengt!

(Lebhafte Zustimmung links.) Es ist durchaus glaubhaft, daß die Regierung im Mai eine bessere Uebersicht über die Kosten und Finanzverhältnisse haben wird. Wenn das Zentrum wirklich die Verlängerung auf 52 Wochen möglichst rasch herbeiführen will, dann sorge es dafür, daß dem Reich die nötigen Mittel bewilligt werden. (Sehr gut! links.) Als größte Partei mußten wir vorher wissen, was die Regierung zu erfüllen bereit ist. Wir haben daher unsere Minister gefragt, und es sind Regierungserklärungen im Ausschuss abgegeben worden. Die Zentrumsparlei wird

doch auch ihre Minister vor solchen Entscheidungen immer gefragt haben!

Bei den Schwankungen der Konjunktur kann die Regierung sichere Zahlen für die nächsten Monate nicht angeben, wie das Frau Leusch verlangt. Wenn die 2,9 Millionen nicht reichen, muß der Betrag erhöht werden, wie das bisher auch schon geschehen ist. Wir hoffen aber, daß eine Besserung des Arbeitsmarktes vorher eintritt.

Frau Leusch wird ja demnächst im Ausschuss Gelegenheit haben, mit uns für die Verbesserung der Sozialversicherung einzutreten.

(Zuruf eines Juristen der Kommunisten): Ich habe gar nichts dagegen einzuwenden, daß die Gelder der Angestelltenversicherung statt wie bisher den deutschnationalen Landwirten, produktiv dem Reich zur Verfügung gestellt werden, um einer vorübergehenden Notlage abzuhelfen. (Zuruf der Kommunisten: Sie wollen ja Beitragserhöhung!)

Wenn Sie unsere Anträge gelesen hätten, müßten Sie wissen, daß wir eine Beitragserhöhung der Angestelltenversicherung für überflüssig halten, weil dort Mittel genug vorhanden sind, die heute freilich den deutschnationalen Landwirten zur Verfügung gestellt werden. Wenn Sie (zu den Kommunisten) das verteidigen wollen — bitte!

(Weiterer Beifall bei den Sozialdemokraten.) Trotz all der Kritik hat keiner der Kritiker im Ausschuss gewagt, gegen diese Anträge zu stimmen. (Zurufe der Kommunisten.) Von den Forderungen, die Sie draußen bei den Erwerbslosen vertreten, haben Sie im Ausschuss einen großen Teil bereits vergessen! Keine Partei hier im Plenum wird so arbeiterfeindlich erscheinen wollen, um die Beschlüsse auf sofortige Hilfe für die Erwerbslosen nicht anzunehmen. Von Ihnen (zu den Kommunisten) hören wir, daß die Erwerbslosen und die Ausgesteuerten nicht satt! Die Sozialdemokratische Partei hat sowohl in der Opposition wie als Regierungspartei stets die Fürsorge für die Erwerbslosen zu verbessern gestrebt. Die Not und das Elend der Arbeitslosen sollten doch so hoch eingeschätzt werden, daß die Abhilfe dagegen über alle Schwankungen und Mehrheitsbildungen und über die Tagespolitik hinausgehoben wird. Wir wissen, welche Gegenstände zwischen unserer grundsätzlichen Auffassung und der bürgerlichen Parteien bestehen. Die Arbeitslosen können nicht warten bis zur Austragung dieser grundsätzlichen Entscheidungen, und daher

muß die Hilfe für die Opfer der heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung herangehoben werden über den Kleintamp der Parteien. Den Arbeitslosen zu helfen ist die Pflicht aller Parteien, und zwar ausreichend und gleichzeitig schnell.

(Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Eising (3.): Wir haben uns im Haushaltsausschuss dagegen gewandt, daß Hoffnungen geweckt werden, die nicht erfüllt werden können. Kollege Aufhäuser hat uns aus dem Herzen gesprochen damit, daß man die sozialen Fragen aus dem Parteikampf herausheben müsse.

Abg. Stöhr (Natioz.): Der sozialdemokratische Antrag war nicht ernst gemeint. Die Sozialdemokraten sind stets mit ihrer Regierung, ihrem System und ihrer Republik.

Abg. Lemmer (Dem.) vermahnt sich gegen den Vorwurf Eisingo, daß die demokratische Fraktion in sozialpolitischen Dingen zurücktritt.

Abg. Effer (3.) (persönlich): Wir haben den sozialdemokratischen Antrag als klare Aktionärin aufgeführt, und zwar deshalb, weil wir die Zusammenarbeit für unerschütterlich halten, wenn jede Partei die Freiheit hat, Vorschlagsanträge zu stellen. Noch als Regierungspartei haben wir Beschlüsse, für den Antrag zu stimmen und dieser Methode ein Ende zu machen.

Abg. Aufhäuser (Soz.): Frau Leusch hat für die Zustimmung des Zentrums zu unserem Antrag sachliche Gründe angeführt, Herr Effer gibt nun selbst agitatorische Gründe an.

Vor der Zustimmung erklären die Deutschnationalen, an ihre überhaupt nicht teilzunehmen.

Die Ausschussbeschlüsse, deren Inhalt aus der bereits erfolgten Veröffentlichung, wie aus den vorstehenden Reden bekannt ist, werden angenommen. Kommunistische Anträge werden in namentlicher Abstimmung mit 274 gegen 50 Stimmen bei 53 Enthaltungen (Dnat.) bzw. mit 221 gegen 53 Stimmen bei 104 Enthaltungen abgelehnt.

Die Kommunisten brechen bei der Verlesung des Abstimmungsergebnisses in Pöbelrufe aus.

In der ersten Sitzreihe der allgemeinen Zuhörerbänke steht ein Mann auf und hält eine lange kommunistische Agitationrede

mit heftigen Beschimpfungen, die er direkt an die sozialdemokratischen Abgeordneten, den Reichsinnenminister Seppeling usw. richtet, wobei er sich vorbeugt und auf die sozialdemokratische Fraktion zeigt. Die kommunistischen Abgeordneten begleiten diese Rede mit Beifallsrufen und Hänchelstößen, sie und einige Tribünenbesucher stimmen in ein „Hoch“ ein, das der Tribünenbesucher zuletzt ausbringt. Ironische Hochrufe von Abgeordneten anderer Parteien hatten bereits seine letzten Sätze begleitet. Der amtierende Vizepräsident v. Kardorff die Sitzung unterbrochen war. Lediglich der erste Reichstagsbeamte, der ständig auf der Tribüne Dienst macht, hatte versucht, den Redner oben zu erreichen, worüber von seinen Begleitern nicht durchgelassen worden. Erheblich später erschienen einige

Kriminalbeamte in Zivil, die nicht geringe Mühe hatten, sich durch die Schutzgarde des Tribünenredners durchzukämpfen;

sie packten schließlich ihn und auch einige der anderen Demonstranten, die sich aber gegen ihre Hinausschaffung mit aller Kraft wehrten. Schließlich gelang es den Polizisten, die Redner zu entfernen. In der weiteren Pause beschimpften die Kommunisten wüß die Sozialdemokraten, die darauf aber nicht antworteten.

Nach geraumer Zeit eröffnete Vizepräsident v. Kardorff die Sitzung wieder, ohne auch nur mit einem Wort auf das Vorgangene einzugehen, sondern den Rest der Tagesordnung abzumelden, was ohne Debatte schnell erfolgt.

Um 1/2 7 Uhr vertagt sich das Haus auf Montag, den 18. Februar, 3 Uhr: Kleinrentnerfürsorge. — Der Präsident wird ermächtigt, weitere Gegenstände auf die Tagesordnung zu stellen.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin
 Einigungen für diese Adressen nur an den Zentralrat
 Berlin 62/64, Lindenstraße 3

Samstag, 9. Februar, 19 1/2 Uhr:
 Kämpfer-Viertel: Schule Wagnersstr. 128. Vortrag: „Kämpfer über moderne Taktik“
 Verkehrs-Viertel: Schule Wagnersstr. 62, S. 7. Berufsberater-Vortrag: Referent: Genosse Schulz. Alle Berufsberaterinnen und -schüler müssen teilnehmen. Beginn 19 1/2 Uhr ebenfalls.
 Verkehrs-Viertel: Verkehrsberatung im Heim Heiler Straße, südlich 19 1/2 Uhr. Alle Gruppen müssen teilnehmen.
 S-Bahn: Verkehrs-Viertel: Schule Wagnersstr. 62, S. 7. Vortrag: „Anleitung zum Sozialismus“. Referent: Genosse Wirth. (30 Uhr.)

Montag 1 und 2 Uhr: Kämpfer, Sonntag, Montag, Treffpunkt 1 1/2 Uhr Kämpfer, 2 Uhr Verkehrs-Viertel. — Verkehrs-Viertel: Montag, Sonntag, Treffpunkt 1 1/2 Uhr Kämpfer, 2 Uhr Verkehrs-Viertel.

Das Opfer des Hexendoktors

Eine Alaska-Erzählung von Jack London

In seiner in den nächsten Tagen erscheinenden Romanzeitschrift „Sivva“ bringt Jack London eine Reihe von Erzählungen aus Alaska, in denen im Gegensatz zu seinen sonstigen Geschichten die Frau fast in den Vordergrund tritt. Mit Gehalts des Unterstaatssekretärs, Berlin, bringen wir den folgenden Abschnitt.

Ein junges Indianermädchen warf die Schneeschuhe ab und ließ die Kapuze ihrer Parka aus Eichhörnchenfell zurückgleiten. Hutschod machte neben sich auf dem Schlitten Platz.

„Nun, wie geht es, Sipsu?“ fragte er. „Ist der Hunger immer noch groß im Lager? Und hat der Hexendoktor jetzt herausgefunden, was schuld daran ist, daß es so wenig Wild und gar keine Rentiere im Land gibt?“

„Ja, gewiß! Es gibt nur wenig Wild, und wir werden bald die Hunde essen. Und der Hexendoktor hat auch herausgefunden, was der Grund all dieses Unglücks ist, und morgen will er ein Opfer bringen und das Lager reinigen.“

„Und was wird das Opfer sein? — ein neugeborenes Kind oder ein altes armes und schwaches Indianerweib, das dem Stamm zur Last fällt und für das es das Beste wäre, zu sterben?“

„Nein, so ging es nicht, denn die Rot ist groß und erfordert große Opfer — er wählte keine geringere als die Tochter des Häuptlings, keine geringere als mich, Sipsu.“

„Donnerwetter!“ Das Wort kam ganz langsam über Hutschods Lippen, aber mit einer Fülle und Tiefe, die zeigte, wie erscharrt und bekümmert er war.

„Und deshalb stehen wir jetzt, wo die Wege sich trennen, du und ich,“ fuhr sie mit großer Ruhe fort, „und ich bin gesonnen, daß wir uns noch einmal sehen können — zum lehtenmal!“

Ein Mann kroch häufchlings durch den Schnee. Zu allen Seiten erhoben sich die Uchhautziste im Lager. Hin und wieder heulte ein elender Hund, oder knurrte boshaft seinen Nachbar an. Einmal näherte sich einer von ihnen dem trübseligen Mann, aber der Mann blieb unbeweglich liegen. Der Hund kam näher und schnüffelte, er kam noch näher und schnüffelte wieder, und dann noch etwas näher, bis seine Schnauze den seltsamen Gegenstand berührte, der nicht dogewesen war, als es dunkel wurde. Da erhob sich Hutschod plötzlich und griff mit seiner unbehandschulten Hand nach der zottigen Kehle des Hundes. Und dieser Griff war der Tod für den Hund, und als der Mann weiterging, lag er mit gebrochenem Genick unter den Sternen.

Auf diese Weise erreichte Hutschod das Zelt des Häuptlings. Er lag lange draußen im Schnee, auf die Stimmen der Bewohner lauschend, und versuchte herauszufindnen, wo Sipsu war. Es befanden sich offenbar viele Menschen im Zelt, und nach ihren Stimmen zu urteilen waren sie sehr erregt.

Schließlich hörte er die Stimme des jungen Mädchens, und er kroch dem Geräusch nach, bis nur noch die Uchhaut sich zwischen ihnen befand. Da grub er sich in den Schnee hinein und arbeitete sich langsam mit Kopf und Schultern ins Zelt. Als ihm die warme Luft drinnen entgegenströmte, warierte er, und so blieb er liegen, die Beine und den größten Teil des Körpers außerhalb des Zeltes. Auf seiner einen Seite lag ein Boden-Stelle. Er konnte es riechen, berührte sie aber sorgfältig, um seiner Sache sicher zu sein. Auf seiner anderen Seite berührte sein Gesicht ein Pelzkleid, das, wie er wußte, einen menschlichen Körper umschloß. Das mußte Sipsu sein. Er wünschte, daß sie etwas sagen sollte, entfloß sich aber doch, einen Versuch zu wagen. Er konnte den Häuptling und den Hexendoktor laut miteinander reden hören, und in einem Winkel des Zeltes weinte ein hungeriges Kind sich in den Schlaf. Er drehte sich auf die Seite und hob vorsichtig den Kopf, aber so, daß er immer noch gerade das Pelzkleid berührte. Er lauschte auf den Atem. Es war der Atem eines Weibes, er mußte es wagen.

Er drückte sich sanft, aber fest an sie und fühlte, wie sie bei der Berührung zusammenfuhr. Dann wartete er wieder, bis eine untersuchende Hand auf seinen Kopf glitt und auf seinen Locken ruhte. Im nächsten Augenblick wandte die Hand sein Gesicht sanft empor, und er sah in Sipsus Augen.

Sie war vollkommen ruhig. Sie wuschelte wie zufällig die Stellung und legte den Ellenbogen auf den Fellpacken, stützte sich darauf und breitete ihre Parka aus. So war er vollkommen nerstet. Und dann, immer noch, als wäre es der reine Zufall, beugte sie sich zu ihm hinüber, daß er zwischen ihrem Arm und ihrer Brust atmen konnte, und wenn sie jetzt den Kopf beugte, lag ihr Ohr gerade an seinen Lippen.

„Wenn du kannst — so geh,“ flüsterte er. „Geh' weg vom Zelt und über den Schnee zu der Birkengruppe, die dort steht, wo der Bach eine Biegung macht. Dort wirst du meine Hunde und meinen Schlitten finden. Heute, nacht werden wir zum Jukon ziehen, und da wir schnell reisen müssen, sollst du alle Hunde, die dir in die Nähe kommen, am Nacken packen und zum Schlitten schleppen, dorthin, wo der Bach eine Biegung macht.“

Sipsu schüttelte abwehrend den Kopf, aber ihre Augen leuchteten vor Freude, sie war stolz, daß dieser Mann ihr so große Günst erwies. Wie alle Frauen ihrer Rasse war sie dazu erzogen, dem Willen des Mannes zu gehorchen, und als Hutschod sein „Geh!“ wiederholte, tat er es gebieterisch, und, obwohl sie nicht antwortete, wußte er, daß sein Wille ihr Befehl war.

Eine halbe Stunde später, als er neben dem Schlitten saß, sich die Füße vertrat und die Arme schwang, sah er sie kommen, einen widerstrebenden Hund an jeder Hand. Als sie sich näherte, wurden seine eigenen Hunde unruhig, aber er traktierte sie mit dem Peitschenknüttel, bis sie ruhig wurden. Er hatte sich dem Lager gegen den Wind genähert und fürchtete am meisten, daß das Geräusch seine Anwesenheit verraten würde.

„Seie sie an,“ befahl er, als sie dem zweiten Hund das Geschirr angelegt hatte. „Ich will, daß meine Reithunde vorangehen.“

Als sie es aber getan hatte, warfen sich die verbrängten Tiere über die fremden. Obwohl Hutschod sich mit seinem Büchsentalben dazwischenfügte, gab es doch einen furchtbaren Spektakel, der über das schlafende Lager hallte.

„Jetzt kriegen wir Hunde — und das ist ein wahrer Segen Gottes,“ sagte er barock, indem er eine Art vom Schlitten nahm. „Schir' an, was ich dir hinterher und schüße das Gespann.“

Er trat einen Schritt vor und wartete zwischen zwei Kiefern. Die Hunde im Lager zerstörten die Ruhe der Nacht mit Heulen und Barmen, und er war darauf vorbereitet, sie zu empfangen, wenn sie kamen. Ein dunkler Fleck, der schnell größer wurde, nahm feste

Farm an auf der weißen Schneedecke mit ihren unheimlichen Kon-
tzen. Es war der Vorläufer des Koppels, der mit langen Sprüngen
angelegt kam, während er nach Wolfsart seinen Brüdern Befehle er-
teilte. Hutschod stand im Schatten. Als der Hund vorbeisprang,
streckte er die Arme aus, packte ihn mitten im Sprunge an den
Vorderbeinen und wirbelte ihn zu Boden. Dann versetzte er ihm
einen wohlgezielten Schlag hinter das Ohr und warf ihn Sipju zu.
Und während sie dem Hunde schnell das Geschirr antegte, bewachte
er mit der Art die Passage zwischen den Bäumen, bis ein zottiger
Strom von weißen Zähnen und funkelnden Augen in Reichweite
vorbeischoß. Sipsu arbeitete schnell. Als sie fertig war, sprang er vor,
griff und betäubte noch einen und warf ihn ihr hinüber. Das wieder-
holte er noch dreimal, und als der Schlitten endlich mit einem Ge-
spann von zehn knurrenden Hunden bestand, rief er: „Gemit!“

Aber in diesem Augenblick durchwachte ein junger Indianer, ein
schnellfüßiger Vorläufer des Stammes, die Hundeschar und versuchte
sich mit Schlägen nach rechts und links durchzudrängen. Hutschods
Büchsentalben zwang ihn ins Knie, und er taumelte seismwärts zu
Boden. Der Hexendoktor, der sehr schnell lief, sah den Schlag fallen.

Hutschod rief Sipsu zu, daß sie losfahren sollte. Bei ihrem
schrillen „Ruf!“ schossen die rosenden Tiere normwärts, und sie blieb
mit Mühe und Not auf dem Schlitten sitzen, der sprödtlich rumpelte.
Die höheren Mächte waren offenbar jörnig auf den Hexendoktor,
denn gerade in diesem Augenblick schiedten sie ihm den Schlitten in
den Weg. Der Reithund kollidierte mit seinem Schneeschuh, er fiel,
und die neun Hunde, die hinterher kamen, traten ihn unter ihre
Füße, morauf der Schlitten über ihn hinwegrumpelte. Aber er kam
schnell wieder auf die Beine, und die Nacht wäre vielleicht ganz
anders verlaufen, hätte Sipsu sich nicht umgedreht und ihn mit der
langen Hundepetische quer über die Augen geschlagen, daß er ganz
geblendet war. Hutschod, der sie einzuholen eilte, stieß mit ihm zu-
sammen, wie er schwankend und schmerzverzerrt mitten auf der
Schlittenspur stand. So ging es zu, daß der primitive Theologe, als
er das Zelt des Häuptlings wieder erreichte, viel Wüger gemordet
war in bezug auf die Häute des weißen Mannes und die Kraft, die
in ihnen wohnte. Und die Folge war, daß er, als er in der Ratsover-
sammlung eine Rede hielt, auf alle weißen Männer sehr auf-
gebracht war.

H. Hesse, New York: Die Kokosnuß

Die Kokosnuß ist mehr als eine gelegentliche Delikatesse, sei es
noch oder in Form von Kuchen, Torten oder Bonbons. In vielen
Ländern verankern die Bewohner der Tropenzone ihre meisten
Bedürfnisse: Nahrung und Getränk, Kleider und Behausung.

In manchen Gebieten der Südsee bildet die Kokosnuß die
Hauptnahrung. Gewöhnlich wird die Frucht vor der Reife geessen.
Die wässrige Flüssigkeit oder die Milch der Frucht wird getrunken,
und der Saft des Samens, den man gewinnt, indem man ein un-
erschlossenes Blütenbüschel aufschneidet, wird eingetrocknet zu Zucker
und zu Palmwein gegoren.

Die Blätter werden benutzt, um das Dach der Hütten zu
decken. Rippen und Streifen der Palmbätter werden zu Körben
und anderen Gegenständen geflochten. Aus der Schale werden
Schüsseln und zweifeln verzerrte Gegenstände hergestellt. Melasse
schneit und polieren die Schale.

Gewisse Bewohner der Südsee bedienen sich hungriger Ger-
neien, um aus der Kokosnuß eine Flasche zu machen. Sie öffnen
die Lagen der Nuß und legen diese in Gewässer, in denen eine
kleine Art Garnelen lebt. Die Garnelen dringen in das Innere
ein und verzehren das Fleisch der Frucht — die Flasche ist fertig.
Einige Stämme reiben sich zur Verschönerung am ganzen Leibe
mit Kokosöl ein.

Der Amerikaner Edwin E. Harnwell machte ein Vermögen aus
Kokosnußen. Auf seinen Reisen in den Tropen hatte er beobachtet,
daß ein Eingeborener in Porto Rico mit einem Duzend Bäumen
im Hofe wirtschaftlich unabhängig ist. So ließ er denn in Panama
zweitausend Acker Dschungel ausräumen, pflanzte Kokospalmen und
nutzte die zwanzig Fuß hohe Meeresslut, um die Bäume zweimal
täglich zu bewässern. Zu diesem Zwecke ließ er nierzig Meilen
Gräben ausheben, baute 22 Brücken, und legte eine gute Straße an,
sowie eine modern eingerichtete Siedlung für 100 bis 300 Personen.
So besitzt er denn heute an der Rofijo-Bai 111 000 Kokospalmen,
nur zehn Minuten Fahrt im Ruderboot von dem Seedeckel von
und zum Panamakanal. Harnwell besitzt die größte Kokospflanzung
auf dem amerikanischen Kontinent.

„Obwohl die Weltzeugung an Kokosnußen jährlich zehn
Milliarden Stück beträgt,“ erklärt Harnwell, „so ist doch keine Nuß
zu viel da, nicht infolge der Nachfrage zu Eismucken, sondern
wegen des Oels, das aus dem Fleisch der Frucht ausgepresst wird.“

Die Kokosnuß besitzt das reichste bekannete Fett und ist sehr ver-
daulich. In Biskuits oder gebackenen Erdnußen nimmt man Kokosöl
zu sich, ebenso in Kuchen und Bonbons. Es wird bei der Her-
stellung von Seife verwendet. Die Dänen führen ihre Rahmbutter
aus und beziehen Kokosöl, um Margarine für den eigenen Gebrauch
herzustellen.

Ist das Oel ausgepresst, so bildet der Rest ein gutes Futter für
Kimböck und Geflügel. Es ist das beste bekannnte Mittel, um die
Milch und Eierzeugung zu heben. Kokosnuß und Rübe stehen
im gleichen Verhältnis wie Mais und Schweine.

Die Gewinnung von Kokosöl ist so bedeutend, daß sie fast alle
anderen Tropenindustrien in den Schatten stellt. Jedes Teüchen
der Kokosnuß wird zu Geld gemacht.

Die Kokosnuß stellt die sicherste Form der Landwirtschaft dar.
Die Bäume werden gepflanzt, indem man die Nuß in die Erde
steckt. Auf das Vie kommt es wenig an, denn sie keimt immer.
Nach dem Regen schwillt eins der Augen an, und Baum und
Burgeln entwickeln sich aus diesem Auge. Wenn die Bäume
ein gutes Wachstum aufweisen, werden sie in Abständen von neun
Meter in Reihen gepflanzt. Jede Kokospalme sougt täglich über
zwanzig Liter Salzwasser auf.

Die Bäume tragen gewöhnlich nach sieben Jahren und haben
eine Lebensdauer von hundert Jahren. Jeder Baum bringt jährlich

Riesenlokomotiven

Vor kurzem wurde von den österreichischen Bundesbahnen auf
der Strecke Wien—Salzburg die stärkste Lokomotive des Kontinents
in Betrieb genommen. Sie besitzt 3000 PS. und entwickelt eine
Stundengeschwindigkeit von 110 Kilometer. Eine der größten Lokomo-
tiven ist die von einer deutschen Firma für die Südafrikanischen
Bahnen erbaute mit drei Zylinder, 10 angetriebenen und vier Laufrä-
dern, einem Gewicht von 120 Tonnen, die 74 Waggons von 1800
Tonnen Gewicht über die Steigungen hinwegbringt. Als Rekon-
struktion seien noch die Hochdruckdampflokomotiven erwähnt, die sehr
ökonomisch arbeiten und rasch angeheizt sind. In Amerika wurde
eine Lokomotive für 42 Atmosphären Druck gebaut, bei der bei Ueber-
schreitung dieses Druckes die Dampferzeugung von selbst ertöht und eben-
so automatisch bei Drucknachschuß wieder in Betrieb kommt. In der
Schweiz wurde sogar eine für einen Betriebsdruck von 60 Atmo-
sphären und eine Leistung von maximal 1800 PS. hergestellt. Krupp
erzeugt riesige Turbinenlokomotiven, die einen besonderen Ueber-
setzungsmechanismus zur Umwandlung der raschen Geschwindigkeit
der Turbinenlaufräder in die langsame der Fahrräder benötigen. Da
der Dampfverbrauch ein sehr großer ist, wurde zur Verminderung
der mitzuführenden Wassermengen der Tender als Kühlwagen aus-
gebaut, in dem der Dampf ständig wieder in Wasser zurückverwandelt
wird. Eine andere nach dem System Corazzi erbaute Lokomotive
hat eine Länge von 23 Metern zwischen den Buffern, der Kessel
liegt auf einer Art Brückenwagen zwischen zwei kleineren Wagen,
die den Bewegungsmechanismus tragen. Diese Bauart nimmt be-
sonders Rücksicht auf die engen Krümmungen und die geringe
Besetzungsmöglichkeit je Achse.

Wie kompliziert solche Wunderwerke der Technik zusammen-
gesetzt sind, zeigt der Umstand, daß die von Krupp erbaute Lokomo-
tine 1 C 1 5424 verschiedene Teile enthält, wobei unzählige
gleichartige nur einmal gezählt wurden. Eine in Amerika erbaute
Lokomotive enthielt 3585 Teile, die von 70 bis 90 Lieferfirmen
stammten, und für die etwa 600 Einzelzeichnungen erforderlich sind.
Bemerkenswert sind noch ein für Kolumbien erbauter Dampftrieb-
wagen, der aus einer kleinen Lokomotive und dem Waggon in einem
Stück besteht, und ein ähnlicher, in dem der 1,5 Meter hohe Kessel
unmittelbar im Waggon untergebracht ist. Man verwendet die ver-
schiedensten Antriebsmöglichkeiten, Dampf, Elektrizität, Treiböl allein
oder in Verbindung miteinander. Sehr geträumlich sind Lokomotiven,
in denen ein Dieselmotor eine elektrische Dynamomaschine antreibt,
die wiederum den Fahrstrom liefert. So wurde jetzt für den Betrieb
in den wasserlosen Steppen Rußlands eine ungeheure Maschine von
1500 PS. dieser Bauart in Auftrag gegeben.

Die Kokosnuß

etwa drei- bis vierhundert Büschel hervor, und jedes Büschel besteht aus sechs
bis vierundzwanzig Nüssen. Nüsse in jedem Stadium finden sich
gleichzeitig auf demselben Baum: Knospen, Blüten, junge Früchte
und reife Nüsse.

Kokosnuße werden in verschiedener Form gehandelt. Ganze
Kokosnuße, wie man sie im Laden sieht, das heißt ohne eine dicke
äußere Hülle, werden zu Tausenden verkauft. Das getrocknete
Fleisch der Frucht, Kopra genannt, wird tonnenweise abgeleitet.
Das halbe Gewicht des ungetrockneten Fruchtstückes ist Wasser.
Eine Tonne getrockneten Fleisches enthält lediglich fünfzig vom Hundert
reines Öl. Auf eine Tonne Kopra entfallen etwa fünftausend
Kokosnuße. Vier reife Nüsse ergeben somit ein Pfund Öl.

Das Kokosöl kam in Aufnahme, als die großen Viehherden
des amerikanischen Westens aufgestellt wurden und Europa sich
keinen amerikanischen Speck mehr leisten konnte. Deutschland,
Frankreich, Holland und England erinnerten sich da der Fette, die
die Eingeborenen in den Tropen gebrauchen, und suchten so viel
wie möglich nach Europa einzuführen. Frankreich ist der größte
Verbraucher von Kopra.

Harnwell hatte die Kokospalme und ihre Frucht eingehend
studiert, bevor er seine Pflanzung anlegte. Er hatte alle Bücher
dortüber studiert, deren er habhaft werden konnte, und hatte
Pflanzungen auf beiden Hälften der Erdoberfläche besucht. Er glaubte
über Käfer und andere Schädlinge der Kokospalme alles zu wissen.
Niemand aber machte ihn auf die Ratten aufmerksam. Dieser
Umstand sollte für Harnwell einen Verlust von 25 000 Dollar be-
deuten, bevor er die Gefahr abzuwenden konnte. Die Ratten ist der
hinterlistigste und gefährlichste Feind. Abends breiteten die Bäume
ihre stolzen Wipfel aus — am anderen Morgen neigten sich
Tausende von Bäumen zur Seite. Die Ratten hatten sie bis ins
Mark angenagt, um sich an saftigen Innern gütlich zu tun, denn
wie alle Palmen hat auch die Kokospalme ein saftiges Mark, aus
dem sich sogar ein vorzüglicher Salat bereiten läßt.

Da den Rägern mit Gift nicht beizukommen war, bemühte
man den Saft des Caribabaaumes, eine klebrige Pflanze. Tropische
Regengüsse aber wuschen sie fort, sobald man sie angebracht hatte.
Da dachte man an die milden Gummibäume, die zu Hunderten
tausenden in der Gegend wuchsen. Man übertrug die Caribabaa-
masse mit dem weissesten Gummisaft, und konnte so die Ratten abhalten.

Dann wieder fand Harnwell in einem Gelände von zweihundert
Acker 27 Ameisenester, von denen eins einen ganzen Acker ein-
nahm. Als er eines Morgens einem Baum auf einige Fuß nahe
kam, sah er einen grünen Regen und hörte, wie die Ameisen
Nahrung für den Winter schnitten und hamsterten. Die große rote
Ameise schneidet einen Halbmond aus dem Blatt, und anstatt am
Baum herunterzuklettern, läßt sie sich mit dem Blatt zur Erde
fallen. Sumeilen schleppt sie ihre Last zwei Kilometer weit.

Es wurden nun acht Fuß lange Gräben von sechs bis sieben
Fuß Tiefe gegraben, und zwar an den dichtesten Stellen des Nestes,
und nahe beieinander. Dann wurde Holz hineingeworfen, mit
Petroleum begossen und angezündet. Das Ganze wurde mit Blech
abgedeckt. So kamen die Ameisen zu Ruhen um.

Eine Gesellschaft zur Rettung der Wallfische. In der John-
Hopkins-Universität in Baltimore hat sich eine Gesellschaft von Natur-
wissenschaftlern gebildet, deren Zweck eine Auffassung des breiten
Robitums zum Kampfe gegen die Zerstörung der Wallfische ist. Der
Gesellschaft sind führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in
Amerika, Politiker, Schriftsteller und Vertreter der Wissenschaften
schon in den ersten Tagen ihres Bestehens beigetreten.

Mehr als 1 Milliarde Umsatz.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine.

Die jetzt abgeschlossene Umsatzstatistik des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zeigt eine Steigerung der Umsätze von 881,10 Millionen Mark im Jahre 1927 auf 1045,96 Millionen Mark im Jahre 1928. Der Mehrumsatz betrug also 164,85 Millionen Mark oder 18,7 Proz.

Kirchenanleihen im Ausland.

Jede dritte Auslandsemission eine Kirchenanleihe.

Die Unterbringung zahlreicher deutscher Kirchenanleihen an den ausländischen Kapitalmärkten hat im vergangenen Jahre mit Recht zu einer scharfen Beurteilung einer Anleihepolitik herangeführt, die die Kommunalwirtschaft hinsichtlich der Kapitalaufnahme im Ausland sehr hemmt, kirchlichen Auslandsemissionen, deren produktive Zwecke zumeist nicht ersichtlich sind; dagegen keine Beschränkungen auferlegt. Die Entwicklung der Emissionsstätigkeit kirchlicher Institutionen an den Kapitalmärkten ist deshalb von Interesse.

Im vergangenen Jahre war jede dritte Auslandsemission eine Kirchenanleihe. Es handelt sich jedoch fast durchweg um sehr kleine Anleihebeträge. Von dem Gesamtbetrag der im Jahre 1928 aufgenommenen Auslandsanleihen entfielen daher nur 2 Proz. auf Kirchenanleihen.

Insgesamt sind im obigen Jahre 39 Auslandsanleihen in Höhe von zusammen rund 32 Millionen Mark zugunsten kirchlicher Institutionen begeben worden. Darunter befanden sich eine größere Anleihe, die im Betrage von 3 Millionen Dollar am amerikanischen Kapitalmarkt untergebracht worden ist. Die anderen 38 Anleihen sind in Holland platziert worden. Sie stellen zusammen einen Nominalbetrag von 11.535.000 Gulden dar, so daß auf jede dieser Anleihen ein Durchschnittsbetrag von 303.533 Gulden entfällt. Obgleich die Gesamtsomme der in Holland untergebrachten deutschen Kirchenanleihen eine verhältnismäßig beträchtliche Zunahme gegenüber 1927 aufzuweisen hat, ist im Verlauf des letzten Jahres ein merkliches Abflauen der Emissionsstätigkeit festzustellen. Auch die Bedingungen der Kirchenanleihen haben sich, wie nachstehende Tabelle erkennen läßt, etwas verschlechtert.

	Anzahl der Anleihen	Betrag in Gulden	Durchschnittlicher Zinssatz	Durchschnittliche Emissionsdauer
1. Quartal . . .	18	4.375.000	7,1	99,3
2.	10	2.745.000	7,1	99,3
3.	7	2.855.000	7,2	97,3
4.	5	2.060.000	7,0	98,0

Die Laufzeit der Anleihen beträgt im Durchschnitt etwa 15 Jahre, und zwar ergibt sich für die im ersten Quartal aufgenommenen Kirchenanleihen eine durchschnittliche Laufzeit von 17½, im zweiten 16, im dritten 13½ und im vierten Quartal von 14 Jahren.

Wolfsamerikanisch sind die Kirchenanleihen nicht unbedenklich. Sie sind meist teuer und verteuern den Kredit überhöht. Sie beunruhigen den Markt wegen ihrer großen Zahl und zugleich geringfügigkeit. Vor allem sind sie ärgert, weil sie der deutlichste Beweis sind, daß in Deutschland bei Auslandsanleihen mit zweifacher Maß gemessen wird.

Weißer Woche — ein Erfolg!

Im Gegensatz zu den Inventurausverkäufen, mit denen nur ein mäßiger Abgang erzielt werden konnte, ist für die Weiße Woche ein glatter Erfolg zu verzeichnen. Die Veranstalter sind durchweg auf ihre Kosten gekommen, und die stark verringerten Läger dürften der Industrie, insbesondere der Seidenindustrie, starke Anregung geben.

Die Beteiligung beschränkte sich diesmal durchweg auf die großen Geschäfte und die Warenhäuser. An sich besteht in der Geschäftswelt ein Streit über die Notwendigkeit der Weißen Woche. Große Kreise wenden sich dagegen und begründen ihre Gegnerschaft mit den starken Reklameaufwendungen usw. Andererseits muß man anerkennen, daß in der Fabrikation und im Großhandel immer große Warenposten, sogenannte Gelegenheitsware, herumschwimmen, die man zweckmäßig durch Sonderveranstaltungen an die Kunden bringt. Nach alter Auffassung soll diese Gelegenheitsware billiger angeboten werden. Wenn das der Fall wäre, ist der Sonderverkauf berechtigt und erwünscht, denn die Preisverbilligung der Gelegenheitsware muß natürlich auf das allgemeine Preisniveau drücken. Aber wieviel Gelegenheitsware wird heute in den Sonderverkaufsveranstaltungen noch angeboten? Sehr wenig, durchweg haben sich die Verkäufer darauf eingestellt, für die Inventurausverkäufe und die Weißen Wochen Extraware zu bestellen.

Bei der diesmaligen Weißen Woche fiel auf, daß besonders Qualitätsware gekauft wurde. Geringere Qualitäten gingen so gut wie gar nicht. Das ist von besonderem Interesse. Es zeigt sich darin doch nur, wie stark die Kaufkraft der Massen heute dezimiert ist. Weiter geht daraus hervor, daß die Einkommensverhältnisse der bemittelten Schichten dagegen so gut wie gar nicht gelitten sind. Die Erschütterung der Konjunktur scheint auch diesmal ausschließlich zu Lasten der breiten Massen zu gehen.

Kommunale Gasfernversorgung.

Neue Ausdehnung der Südwestdeutschen Gas A. G.

Die Südwestdeutsche Gas A. G., die von Frankfurt und Mannheim geführt wird und um die sich die kommunale südwestdeutsche Gasfernversorgung gruppieren wird, meldet neue Erfolge. Nach einer Meldung aus Frankfurt haben die Städte Ludwigs-hafen und Pforzheim endgültig ihren Anschluß an die Südwestdeutsche Gas A. G. beschlossen, und auch der Stadtrat von Heidelberg bedarf nur noch der Zustimmung des Bürgerausschusses, um dem endgültigen Beitritt anzumelden. Damit umfaßt die Gemeinschaft jetzt die Städte Frankfurt, Mannheim, Karlsruhe, Ludwigs-hafen, Heidelberg und Pforzheim; der Beitritt weiterer süd-deutscher Städte wird in den nächsten Wochen erfolgen.

Die Mühlengemeinschaft Scheuer-Düwerte.

Die Scheuer-Gruppe, deren Mehrheit sich in den Händen der Preußenkasse befindet, hat jetzt mit dem Düwerte-Konzern, der die schlesische Mühlenindustrie fast restlos beherrscht, ein Abkommen über ein gemeinsames Arbeitsprogramm abgeschlossen, das eine enge Interessengemeinschaft dieser beiden großen Gruppen zur Folge hat. Die Arbeitsstellung ist so gebastet, daß der Scheuer-Gruppe das Geschäft mit Brotgetreide vorbehalten bleibt, während die Düwerte das Kraftfutter und Futtermittelgeschäft übernehmen.

Stahlfonzern Paul Rohde.

Vom Metallhändler zum Schwerindustriellen.

Vor zwei Jahren noch war der damalige Metallhändler Paul Rohde für die Öffentlichkeit ein unbekanntes Blatt. Aber wie vor einem Jahrzehnt der Schrotthändler Otto Wolff mit Hilfe tiefer Kriegsgewinne überraschend schnell zum einflußreichen Schwerindustriellen avancierte, gelang es Paul Rohde gleichfalls in kurzer Zeit, in der Stahlindustrie Fuß zu fassen und von dieser Grundlage aus seinen Einfluß auf eine große Anzahl Maschinen- und eisenverarbeitender Fabriken auszudehnen. Heute sitzt Rohde bereits im Aufsichtsrat von zwanzig Unternehmen, wobei er in fünf Gesellschaften den Posten des Vorsitzenden inne hat.

Der Grundgedanke des Rohdeschen Konzernaufbaus ist sehr einfach. Um seine Stahlwerke, die teils im Westen — in Gelsenkirchen, Aachen und Halle — liegen, teils in Mitteldeutschland, wo Rohde mit Otto Wolff zusammen die Schächischen Gußstahlwerke in Dahlen beherrscht, gruppiert er eine Reihe Fahrrad-, Nähmaschinen- und andere Maschinenfabriken, die seinen Stahlwerken einen sicheren Absatz garantieren. Sein letzter Vorstoß war auf die Kugellager-Industrie gerichtet, die als Verarbeitung von Gußstahl ein Monopol für die Automobil-, Fahrrad- und Spezialmaschinenindustrie besitzt. Hier gelang es ihm mit der Schweinitz-Kugellagerfabrik Fichtel u. Sack im Laufe des Jahres 1927 zusammen die Aktienmehrheit der Deutschen Gußstahl- und Maschinenfabrik Fries u. Höpflinger in Schweinitz zu erwerben und einen Platz im Aufsichtsrat dieses Unternehmens, das annähernd 3000 Mann beschäftigt, zu erhalten. Die Festsetzung im Zentrum der deutschen Kugellagerindustrie, die schon kartelliert ist, wird für die weitere Entwicklung des Rohde-Konzerns noch große Bedeutung gewinnen.

Jetzt hat die Rohde-Gruppe die

Abchlüsse ihrer wichtigsten Stahlwerke.

der Rheinisch-Westfälischen Stahlwerke in Gelsenkirchen und der Annener Gußstahlwerke, veröffentlicht. Diese Werte, die 1926 aus dem Zusammenbruch des Stumm-Konzerns entstanden und einer scharfen finanziellen Sanierung unterzogen wurden, sind jetzt hochrentable Betriebe. Schon im letzten Jahr konnte für das Betriebsjahr 1926/27 bei dem Gelsenkirchener Unternehmen eine Dividende von 8 Proz. gezahlt werden. Eine gleich hohe Dividende schüttete auch das Annener Gußstahlwerk aus. In dem Betriebsjahr 1927/28 konnten die Brutto-

gewinne bei dem Gelsenkirchener Wert von 3,6 auf 3,6 Millionen Mark und bei Annen von 0,67 auf 0,80 Millionen Mark erhöht werden. Die Dividende bei Gelsenkirchen wird wegen erhöhter Abschreibungen und Umkosten wieder auf 8 Proz. festgesetzt, während Gußstahlwerk Annen die Aktionärgewinne von 8 auf 10 Proz. heraufsetzt.

Im Interesse der öffentlichen Berichterstattung ist es erfreulich, daß auf der Generalversammlung die Entwicklung der Betriebe eingehend beleuchtet wurde, so daß sich ein guter Vergleich mit den letzten Geschäftsjahren ergibt.

Die Umsätze des Stahlfonzerns

stiegen seit 1924/25 ununterbrochen von 24 auf 35,2 Millionen, insgesamt also um 50 Prozent. Bei dem Annener Wert haben sie sich mit 5,4 Millionen sogar rund verdoppelt. Während die Stahlerzeugung von 131.000 auf 133.000 Tonnen stieg, verringerte sich infolge der Rationalisierungsmaßnahmen die Zahl der Belegschaft um rund 13 Proz. auf 2799 Mann. Die gesteigerten Leistungen der Belegschaft kommen darin zum Ausdruck, daß die

Stahlerzeugung je Kopf von 4330 auf 4770 Kilogramm

gewachsen ist.

Wir stellen mit Befriedigung fest, daß der Vorsitzende auf der Generalversammlung, der im letzten Jahre noch in scharfster Form gegen die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Löhne polemisiert hatte, auf der jetzigen Sitzung ausdrücklich die große Arbeitsfreudigkeit der Belegschaft hervorhob. Also auch in Unternehmertreue scheint sich die Erkenntnis — wenn auch reichlich spät — Bahn zu brechen, daß mit der Einführung des Dreischichtensystems der Arbeitsintensität nur gebremst ist. — Im laufenden Geschäftsjahr hat nach kurzer Senkung des Beschäftigungsgrades der Auftragsingang zurzeit wieder zugenommen, so daß die Werke auf Monate hinaus gut beschäftigt sind.

Wenn auch von der günstigen Lage dieses Konzerns nicht auf die gesamte Eisenindustrie geschlossen werden kann, so geht doch aus den veröffentlichten Einzelberichten und den letzten Mitteilungen vom Eisenmarkt hervor, daß die Eisentonnenzahl — abgesehen von den Einflüssen der Prosperperiode — ihre bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit behalten hat. Da die verringerte Nachfrage des Auslandes durch verstärkte Ausfuhr ausgeglichen werden konnte, ist die Lage der Stahlindustrie zurzeit als durchaus stabil anzusehen. Se-

Die Schulze-Deilisch-Organisationen.

Der Gesamtbestand der Schulze-Deilisch-Genossenschaften belief sich am Jahresende 1928 auf 32.438 Genossenschaften aller Art. Einer Neuerrichtung von insgesamt 1292 Genossenschaften stehen 1336 Auflösungen gegenüber.

Die stärkste Gruppe bilden die Kreditgenossenschaften, deren Zahl in Stadt und Land 22.400 beträgt. Bei den Handwerker-Genossenschaften gingen die Auflösungen um etwa 50 Proz. zurück, während die Neugründungen sich auf der Höhe des Vorjahres hielten. Der Gesamtbestand beträgt jetzt 1800. Einen andauernden Aufschwung zeigen die Genossenschaften der Bauhandwerker und des Baugewerbes. Die Baugenossenschaften konnten ihren Bestand auf 4132 vergrößern, wobei in Rheinland-Westfalen die stärkste Zunahme zu verzeichnen ist. In den landwirtschaftlichen Genossenschaften erfolgten 829 Neugründungen gegen 429 Auflösungen. Den Hauptanteil an den Neugründungen haben Raktoreigenossenschaften.

Schwerindustrielle Großpleite in England.

Die Sanierung eines Rüstungskonzerns.

Der englische Montankonzern Armstrong-Whitworth befindet sich, wie wir schon kürzlich mitteilten, in beratigen finanziellen Schwierigkeiten, daß eine scharfe Sanierung zur Verhinderung des Konkurses nicht mehr zu umgehen war.

Der Konzern, der seine Rüstungsarbeiten vor einiger Zeit mit dem zweiten großen Rüstungskonzern in England, der Vickers-Gruppe, verschmolzen hatte, hat jetzt sein Sanierungsprogramm veröffentlicht, das bei den Aktionären und Großgläubigern wenig Freude erregt wird. Während das gesamte Kapital etwas über 200 Millionen Mark beträgt, zu dem allerdings noch 300 Millionen Mark ausgegebene Schuldschreibungen hinzukommen, sollen Abschreibungen in Höhe von mehr als 280 Millionen vorgenommen werden. Das würde bedeuten, daß nicht nur das gesamte Kapital verloren wäre, sondern daß die Aktionäre darüber hinaus noch etwas zuzahlen können.

Durch das Entgegenkommen der Hauptgläubiger, in erster Linie der Bank von England, werden jedoch auf die Schuldverschreibungen gleichfalls hohe Abschreibungen vorgenommen, so daß den Aktionären eine, wenn auch kleine Quote ihres früheren Kapitals verbleibt. Die Bank von England muß bei diesem Geschäft allerdings gehörig bluten, denn sie hat sich damit einverstanden erklärt, ihre Schuldverschreibungen im Werte von 96 Millionen Mark gegen neue Aktien des Unternehmens umzutauschen, die nur einen Wert von 60 Millionen darstellen. Für die Bank von England ergibt sich also ein runder Verlust von 30 Millionen.

In welchem Maße die großen englischen Privatbanken von diesem finanziellen Zusammenbruch eines der stärksten Stahlkonzerne Englands betroffen sind, ist noch nicht bekannt. Es ist auch noch nicht sicher, ob das englische Bankkapital sich bereit erklären wird, an der Reorganisation der britischen Montanindustrie maßgebend teilzunehmen, wie ihr dies von der Schwerindustrie angeboten wurde.

Eine englische Luftflotte.

Aber mit militärischem Hintergrund.

England hat bisher sich ehrlich bemüht, eine leistungsfähige Luftstreitmacht zu schaffen. Aber der englische Luftfahrtminister Sir Samuel Hoare scheint doch zu empfinden, daß die französische Luftflotte der englischen überlegen sei. Er sucht nach Wegen, das zu ändern, und er glaubt sein Ziel auf die Dauer dadurch am besten zu erreichen, daß er den Flugzeugbau in England wirksam propagiert. England hätte bisher für das Inselreich im großen und ganzen überhaupt noch keinen organisierten Luftverkehr. Die von der englischen Regierung unterstützte Imperial Airways Company ist eine Gesellschaft, die große Strecken bestiegt, sich aber bisher wenig um die Erschließung des innerenglischen Flugverkehrs gekümmert hat. An diese Erschließung will Sir Samuel Hoare nun gehen.

Es soll eine neue private Fluggesellschaft gegründet werden, die von der englischen Regierung erhebliche Subventionen

bekommt. Die Subventionen richten sich nach der Zahl der von dieser Gesellschaft ausgebildeten Flugzeugführer. Für jeden ausgebildeten Piloten oder Berufsführer zahlt die Regierung die ersten drei Jahre einen Zuschuß von 300 £. Die Gesellschaft verpflichtet sich, in dieser Zeit 33 neue Flugplätze und 80 neue kleinere Landungsplätze in England zu errichten. Die Gesellschaft, deren Kapital zunächst 10 Millionen Mark beträgt, hat ihren Hauptflugplatz in Feltbam, zwanzig Kilometer von London, wo große Reparaturwerkstätten, zahlreiche Werkstätten und Vertiefungen für leichte Flugzeuge errichtet werden. Die Hauptflugplätze sollen über das ganze Land freigeigelt verteilt werden, und zwar insbesondere auf Städte, in denen man eine entsprechende Pflege des Flugbankens durch zu schaffende Fliegervereinigungen erwarten kann.

Die Absichten des englischen Luftfahrtministers kommen praktisch, abgesehen von dem militärischen Hintergrund, auf eine dem deutschen Luftfahrtministerium ähnliche Organisation hinaus, bei der auch die staatlichen Subventionen nicht fehlen und die in ihrer Wirksamkeit niemals bald interessante Vergleichsmöglichkeiten mit der deutschen Luftverkehrsorganisation bieten.

Die Wirtschaftskrise der „Frankfurter Zeitung“. Die Einführung des englischen Zeitungskonzerns, der „Inverzell Paper Co.“, auf Zeitungsunternehmen des europäischen Kontinents hat die Öffentlichkeit in den letzten Monaten lebhaft beschäftigt. Die von der Frankfurter Societätsdruckerei G. m. b. H. herausgegebene Wirtschaftskrise der „Frankfurter Zeitung“ bringt in ihrem letzten Heft IV, 1928, einen merkwürdigen Beitrag über den Konzentrationsprozeß im englischen Zeitungswesen, der einen Einblick über die Zusammenfassung der britischen Nachrichtenorgane in wenigen Händen gewährt. Außerdem enthält das Heft allgemeine Uebersichten über die Wirtschaft des Auslandes und eine Reihe von Sonderuntersuchungen über aktuelle Wirtschaftspragen. Außer einer Untersuchung über die Konjunkturbewegung in Deutschland werden einzelne Industriezweige, wie die Brennstoffwirtschaft, die Chemie und die internationale Entwicklung der Kautschukindustrie besonders behandelt.

Große Steigerung der Braunkohlenproduktion. Auf der Generalversammlung des Vereins für Spiritusfabrikanten teilte der Vorsitzende mit, daß die Karlsruher Braunkohlewerke bei der ausgezeichneten Kohlenqualität ihr 100prozentiges Brennrecht weitgehend ausnützen konnten. Mit rund 2,8 Millionen Hektoliter wurde im Betriebsjahr 1927/28 die bisher größte Produktion nach dem Kriege erzielt. Die Erzeugung lag um rund 50 Proz. über den Ergebnissen von 1926/27. Der Abgang, besonders in reichlichem Spiritus, entwickelte sich gleichfalls günstig, doch konnten die Bestände der Reichsmonopolverwaltung, die bei Beginn des Brennjahres bis auf 330.000 Hektoliter zurückgegangen waren, weder bis auf 500.000 Hektoliter aufgefüllt werden. Auch im laufenden Betriebsjahr hat die starke Tätigkeit der Brennereien, hauptsächlich der landwirtschaftlichen Kartoffelbrennereien, angehalten. Wie nicht anders zu erwarten war, sah die Verammlung eine Entschärfung gegen die hochsichtige Erhöhung der Brennsteuern vor. Es fehlte nur noch, daß auch die Spritfabrikanten Braunkohle als ein unentbehrliches, hochwertiges Rohungsmittel bezeichnen.

Zusammenschluß im schlesischen Werkzeugmaschinenbau. Die Leipziger Motorenwerke A. G. und die Zimmermannwerke A. G. in Chemnitz haben ihre Betriebe zusammengelegt. Die Verschmelzung erfolgte aus Rationalisierungsgründen, da beide Werke ein gleichartiges Produktionsprogramm, in der Hauptsache Fräsmaschinen und Drehbänke, aufweisen. Der Beschäftigungsgrad in den Betrieben beider Werke ist zurzeit sehr günstig und der vorliegende Auftragsbestand sichert den Betrieben Arbeit bis Anfang Juni. Der größte Teil der Produktion wird im Ausland abgesetzt. Trotz des guten Geschäftszustandes wird mit Rücksicht auf die hohen Umstellungskosten eine Dividende im laufenden Jahre nicht verteilt werden. Die Belegschaft beläuft sich zurzeit auf 600 Arbeiter und Angestellte.

Kommunaldarlehen für die Waggonindustrie. Der Magistratsausschuß der Stadt Heidelberg hat jetzt beschlossen, der Waggonfabrik Fuchs in Heidelberg, die sich seit längerer Zeit in großen Schwierigkeiten befindet, gegen Siderstellung einen Kredit von 200.000 £ zu gewähren, um den Betrieb des Unternehmens bis zur Abwicklung der laufenden Aufträge aufrechtzuerhalten. Seit einiger Zeit steht diese Waggonfabrik in Verhandlungen mit der Kattauer Waggonfabrik A. G., die eine Verschmelzung des Heidelberger Unternehmens mit der Kattauer Gesellschaft zum Ziele haben.